

# Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich  
80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg.  
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
**Leipzig**  
Große Fleischergasse Nr. 14, I.  
Telephonnr. 5044.

Anzeigen: An Gebühren werden von Vereinen und Krankenkassen 15 Pfg.,  
von Privaten 30 Pfg. für die gespaltene Petitzeile oder deren Raum be-  
rechnet. Dieselben werden, aus schließlich der Anzeigen, die auf Kosten  
der betreffenden Zahlstellen Aufnahme finden, nur gegen vorher ge-  
leistete Bezahlung angenommen.

Nr. 7.

Sonnabend, den 17. Februar 1906.

10. Jahrgang.

## Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

**Pösta.** Die Verhandlungen der Unternehmer mit den unorganisierten Kollegen, bezüglich der Aufstellung eines Tarifes, sind gescheitert. Die Unternehmer haben sich wieder an unsern Verband gewandt. Es stehen demnach neue Verhandlungen bevor. Solange dieselben nicht zum Abschluß gelangen, bitten wir Bezug nach hier fernzuzuhalten.

**Lindenfels, Bedenkirchen, Elmshausen und Wensheim.** Die Aussperrung der 192 Verbandsmitglieder bei der Firma Kreuzer u. Höhringer dauert fort. Herr Schmelzle sucht überall Arbeitswillige anzuerwerben. Organisierte Kollegen überall, seid gewarnt vor diesem Herrn.

**Hardheim.** Die Firma Kaiser Steinbruch - Aktiengesellschaft, sucht in verschiedenen Blättern lästige Steinmehren nach Hardheim und Wallbüren. Bis her Beschäftigte sind teilweise wegen schlechter Entlohnung abgereist.

**Sohmannsdorf.** Die Firma Main-Sandsteinwerke ist gesperrt.  
**Kirchbach-Gebelsbach-Eitmann.** Die Vertrauensleute wurden gemahregelt.

**Kappelrodeck.** Der Streik dauert fort.

**Madweiler (Unterelb).** Sämtliche organisierte Kollegen von Madweiler und Umgebung sind ausgesperrt.

**Karlruhe.** Die organisierten Marmorwerkmeister der Firma K. H. H. wurden entlassen. Platz Rupp und Müller ist gesperrt.

**Singwitz bei Wausen.** Platz Zunker gesperrt.

**Sausamholz.** Die Vorstandskast wurde gemahregelt.

**Detmold.** Platz Sammet ist gesperrt; wegen Lohnabzug haben die Kollegen die Arbeit niedergelegt. (Richterbau.)

**Dürkheim.** Die Sperre über Platz Fickelstein bleibt bestehen.

**Rüthen.** Firma Bergenthal gesperrt.

**Wöhren bei Halle.** Der Werkführer Georg Bauer hat acht Verbandsmitglieder entlassen. Unter den Entlassenen befindet sich auch der Vertrauensmann. Wackerbarth sucht nun Herr Bauer in Niederbayern, so aus Metten, Egg, Blumberg usw., neue Arbeitskräfte heranzuziehen. Es ist Pflicht jedes Gewerkschaftsmitglieds, eventuelle Arbeitsangebote zu ignorieren.

**Neberlingen am Bodensee.** Bei der Firma Franz Schmal haben die Kollegen die Arbeit niedergelegt.

**Strehlen (Schlesien).** Der Vertrauensmann Bartha wurde bei der Firma Schall gemahregelt. Grund: weil er wegen Nichtbeachtung der Bundesratsverordnung Anzeige erstattete. Vom Gerichtstermin zurückgekehrt, erfolgte sofort seine Entlassung.

Zugang nach all diesen Orten ist streng fernzuzuhalten.

## Sozialdemokratie und Gewerkschaften.

II.

In ihren Jugendjahren bildeten die deutschen Gewerkschaften mit der sozialdemokratischen Partei eine schier unlösliche Einheit. Wir wollen dabei gar nicht erst auf das Jahr 1848 mit seiner Gewerkschaftsbewegung zurückgreifen, wo der im Kommunistenbund gründlich durchgebildete Sozialist Stefan Born es war, der mit anderen in gleicher Weise sozialistisch geschulten Freunden die deutschen Arbeiter für eine Gewerkschaftsbewegung größten Stils zu gewinnen hoffte — auch bei der Mitte der sechziger Jahre einsetzenden neuen, auf die Gründung von Gewerkschaften abzielenden Bewegung sind Sozialisten die treibenden Kräfte. Allerdings: Ferdinand Lassalle selbst, der große Erwecker des deutschen Proletariats, hat zur Gewerkschaftsbewegung kein rechtes inneres Verhältnis gehabt. Es würde an dieser Stelle zu weit führen, die Gründe dafür im einzelnen zu untersuchen. Nur soviel: Lassalles historische Aufgabe war es, mit gewaltigem Ruck das Schlepptau zu zerreißen, an dem bis dahin die deutschen Arbeiter im Nachtrab der Fortschrittspartei einhermarschiert waren. Diese Riesenleistung, das Proletariat aufzurufen zur Gründung einer selbständigen Klassenpartei und dieser Partei organisatorische Grundlagen zu schaffen, konzentrierte sich für Lassalle auf den Zeitraum von knapp anderthalb Jahren. Es mußte ihm in der gegebenen historischen Situation alles darauf ankommen, die ganze in der deutschen Arbeiterschaft aufgespeicherte latente Kraft dieser einen Aufgabe, der wichtigsten Aufgabe des Augenblicks, dienstbar zu machen. Wie in jenem Moment die Dinge lagen, war jede Ablenkung auf andere, an sich gewiß auch wichtige Aufgaben, von Uebel, mußte zur Zersplitterung, zur Lähmung führen. Dazu kam, daß Lassalle, dieser Feuerkopf, dessen überredendes Temperament ganz auf die aktuelle Wirksamkeit, den schnellen und großen politischen Erfolg eingestellt war, der langsam wirkenden, so oft scheinbar ganz nutzlosen gewerkschaftlichen Kleinarbeit, innerlich fremd bleiben mußte. Er war felsenfest davon überzeugt, daß mit Hilfe des allgemeinen Wahlrechts die Arbeiter in kürzester Frist die volle politische Macht erobern und damit dann ihre ganze wirtschaftliche Befreiung durchsetzen würden — was sollte ihm da die Zersplitterung der proletarischen Kräfte in tausend kleine Einzelkämpfe? Gewiß hat sich Lassalle in seinem glühenden Optimismus über das Tempo der Bewegung, über die Distanz, die die Arbeiter

vom Endziele noch trennte, getäuscht — aber wer von uns wollte sich vermaßen, darüber heute mit ihm zu rechten? Dieser große Irrtum entsprang dem tiefsten Wesen seiner großen Persönlichkeit, und ohne diesen grandiosen Irrtum wäre Lassalle dem deutschen Proletariat niemals das geworden, was er ihm geworden ist. . . .

Gingewiesen sei schließlich noch auf Lassalles bekannte Theorie vom ehernen Lohngesetz; diese Theorie, nach der in der kapitalistischen Gesellschaft durch die Wirksamkeit ihr innerwohnender Tendenzen der Arbeitslohn niemals über das zum Leben absolut Notwendige hinauswachsen könne, mußte ihm die ganze Gewerkschaftstätigkeit als Sisyphusarbeit, als Zeit- und Kraftvergeudung erscheinen lassen.

Nach Lassalles Tode änderten sich dann unter der Einwirkung der anders als erwartet verlaufenden Entwicklung bald natürlich auch die Anschauungen. Der von Lassalle gegründete Allgemeine deutsche Arbeiterverein nahm auf seiner Hamburger Generalversammlung im Jahre 1868 eine Resolution an, in der die englischen Trades Unions als „langjährige und treue Vorkämpfer der Arbeitersache“ anerkannt werden und in der den Gewerkschaftskämpfen die Aufgabe zugewiesen wird, wenn sie auch nicht „die Grundlage der heutigen Produktion ändern und somit die Lage der Arbeiter durchgreifend verbessern“ könnten, so doch „das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu stärken, die Bevormundung zu durchbrechen und einzelne soziale Mißstände drückender Art, wie übermäßig lange Arbeitszeit, Kinderarbeit und dergleichen aus der heutigen Gesellschaft zu entfernen.“ Direkt im Anschluß an diese Hamburger Generalversammlung erließen die Leiter des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, die Abgeordneten v. Schweizer und Fricksche einen Aufruf zur Beschickung eines großen deutschen Arbeiterkongresses; in diesem Aufruf wurde die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung eingehend dargelegt. Am 26. September 1868 trat der Kongress dann auch in Berlin zusammen, und wenn es auch vorher schon in verschiedenen Städten einzelne rein lokale, nicht miteinander zusammenhängende Vereine gewerkschaftlichen Charakters gegeben hatte, so kann man die Tagung jenes Berliner Kongresses doch als die Geburtsstunde der deutschen Gewerkschaftsbewegung bezeichnen. Die Sozialdemokratie war es, die das Rind zur Welt brachte — die bürgerlichen Parteien aber, denen jetzt plötzlich die Gewerkschaften „neutral“ gegenüberstehen sollen, geben sich alle nur erdenkliche Mühe, das Neugeborene sofort nach der Geburt umzubringen!

Ein bürgerlicher Gelehrter, der sehr sozialistenfeindliche Herr Dr. Joseph Schmölle, schildert in seinem Werk „Die sozialdemokratischen Gewerkschaften in Deutschland“ (Bd. I. S. 9) die damalige Situation wie folgt:

Die Ratlosigkeit über den lauten Beifall, unter welchem die von der Fortschrittspartei so lange verkündete Lehre von der Harmonie der Interessen der Arbeit und des Besitzes nun mit einem Male von vielen Arbeitern achtlos beiseite geschoben wurde, war im liberalen Lager eine so große, die Gefahr eines mächtigen Anwachsens des sozialdemokratischen Einflusses war so dringend, daß unbedingt etwas ganz Durchgreifendes geschehen mußte, wollte man nicht ruhig mit ansehen, wie ein großer Teil der Arbeiterbevölkerung in das sozialdemokratische Lager hinüberströmte.

Der Blick aller richtete sich auf Dr. Max Hirsch. Er war der Mann, der durch seine Kenntnis der englischen Arbeiterassoziationen befähigt war, die bedenklichen Pläne Schweigers zu durchkreuzen und der Fortschrittspartei die Führung über die Arbeiterklasse zu erhalten.

Seine ihm hier von einem bürgerlichen Gelehrten ausdrücklich attestierte Mission, die auf die Gründung von Gewerkschaften gerichtet und also höchst „bedenklichen“ Pläne Schweigers zu durchkreuzen, suchte Dr. Max Hirsch zunächst dadurch zu erfüllen, daß er die erwähnte Proklamation Schweigers und Fricksches, die zur Gründung von Gewerkschaften aufforderte, öffentlich als „wüste Schwärmerei unnützer Ruben“ beschimpfte. Und als trotz dieser Bekämpfung der Kongress unter großer Beteiligung zustande kam, suchte Hirsch ihn gewaltsam zu sprengen — alles zu dem edlen Zwecke, „der Fortschrittspartei die Führung über die Arbeiter zu erhalten.“ Der gleichfalls bürgerliche Gelehrte Rudolf Meyer erzählt darüber in seinem „Emanzipationskampf des vierten Standes“:

Der Kongress tagte unter dem Vorsitz von Schweizer und überstieg in seiner Zusammenkunft jede Erwartung. Es waren anwesend 206 Delegierte aus den verschiedensten Teilen Deutschlands und dieselben vertraten 142 008 Arbeiter in 110 Orten. Der Kongress begann sehr stürmisch, indem das Auftreten des Dr. Max Hirsch, der mit einer Anzahl Anhänger erschienen war, zu heftigen Streitigkeiten führte, die eine so große Unruhe und Verwirrung im Gefolge hatten, daß der Vorsitzende die Versammlung auf kurze Zeit vertagen mußte. Nach Wiedereröffnung derselben wurde folgende Resolution gefaßt:

„In Erwägung, daß die Versammlung zweifellos erkannt hat, daß die betreffenden Herren lediglich erschienen sind, um im Interesse der Kapitalisten Unfrieden und Störung unter den Arbeitern zu verursachen, ersucht die Versammlung die betr. Herren, sich zu entfernen.“

Der Vorsitzende ersucht nun Dr. Max Hirsch und seine Anhänger, der Resolution nachzukommen. Da sie aber dies verweigern und infolgedessen neuer Tumult entsteht, wurde auf Anordnung des Vorsitzenden die Resolution mit Gewalt

verwirklicht, was im fortschrittlichen Berlin großes Aufsehen erregte.

Dies war die erste große Niederlage, welche die Fortschrittspartei in ihrem Werben um die Gunst der Arbeiter erlitt.

Die Verhandlungen des Kongresses, welcher von jetzt an in Ruhe verlief, führten dazu, daß eine Reihe von Gewerkschaften gegründet wurden, welche zusammen einen Verband mit einer Zentralbehörde bildeten.

Was aber tat Dr. Max Hirsch? Zwei Tage, nachdem sein Versuch, den Berliner Kongress zu sprengen, in der eben geschilderten Weise elend gescheitert war, gründete er die nach ihm mit benannten Hirsch-Dunckerschen Gewerbevereine, um in die eben erst im Entstehen begriffene Gewerkschaftsbewegung von vornherein einen Keil zu treiben — nach dem altbewährten Rezept aller Herrschenden: divide et impera, willst du die Armen in Gemütsruhe ausbeuten und knechten, so säe Zwietracht zwischen ihnen!

Am der Hand der Darstellung bürgerlicher Gelehrten ist hier nachgewiesen worden, welche Rolle die Sozialdemokratie und welche Rolle die bürgerlichen Parteien (es kam hier nur die Fortschrittspartei in Betracht; die konservativen Junkerpartei, die unter den Arbeitern überhaupt keinen Anhang zu verlieren hatte, kümmerte sich um die Sache gar nicht und scheidet deshalb hier aus, während die anderen bürgerlichen Parteien in ihrer heutigen Form noch gar nicht existierten) — welche Rolle, sagen wir, die bürgerlichen Parteien in der Gründungsgeichte der deutschen Gewerkschaft gespielt haben. Die Konsequenzen daraus mögen die Arbeiter selbst ziehen!

## Herr Schmelzle auf falschem Wege.

Der Werbeapostel Herr Schmelzle, Angestellter der Firma Kreuzer u. Höhringer, durchheilt, um Arbeitswillige zu erhalten, die ganzen Steinbruchgebiete Deutschlands. Mit großer Beredsamkeit schildert er überall den Steinmehren das gute Arbeitsverhältnis, das sie bei R. u. B. in Lindenfels vorfinden würden. Den großen Geltsack scheint Schmelzle gleich mitzuführen; denn nobel, wie die Firma ist, zahlt sie selbstredend den Angeworbenen die Reisekosten. Aber bei den Steinmehren verfährt allem Anschein nach auch das blanke Gold nicht mehr. Ach, wie fatal muß es sein, wenn man mittels demosthenischer Beredsamkeit, und weiter ausgerüstet mit dem nötigen nervus rerum, nicht einmal mehr unsere Kollegen in den entlegensten Gegenden Deutschlands imponieren kann. Im Bayrischen war Schmelzles Werbearbeit umsonst; ob er bei seinen Landsleuten im Fichtelgebirge war, wissen wir nicht; gefreut hätte es uns, wenn er nach dort auch einen kleinen Absteher gemacht hätte. Eine Blamage mehr oder weniger ist doch gleich. Warum man auf die Steinarbeiter im Fichtelgebirge verzichtet, ist uns natürlich ein Rätsel. Dort sind doch die besten Spezialarbeiter.

Nachdem er in Bayern mit seiner Werbearbeit Fiasko erlitt, sucht er die Steinbruchdistrikte in Baden auf. Herr Schmelzle steuerte siegeszuversichtlich dem Murgtal zu. Es ist dort eine gute katholische Bevölkerung vorhanden, somit ist der Schluß berechtigt, dort findet man auch die sehr notwendige Hilfe für die Firma R. u. B. Diese Gegend, nahm wohl Schmelzle an, muß doch noch sozialistenrein sein.

Und so kam in der verfloffenen Woche Herr Schmelzle in das von der Natur so verschwenderisch ausgestattete Murgtal, zunächst nach Langenbrandt. Ueber diesen unerwarteten Besuch waren die Beschäftigten natürlich höchst erfreut; daß sie aussersehen seien, der Ehre teilhaftig zu werden, bei R. u. B. ihre Arbeitskraft verwerten zu können, machte sie sogar stolz.

Als auf die Frage Schmelzles, ob in Langenbrandt ein sozialdemokratischer Verband existiere, ein promptes „Nein“ erfolgte, da war der Werbeapostel besonders glücklich. Seine sonst ernststen Gesichtszüge wiesen ein fröhliches Lächeln auf — war dann doch hier ein Erfolg für die Firma bombensicher vorausgesehen.

Nun öffnete sich auch der Mund des Herrn Schmelzle; die Worte quollen nur so hervor, kein schwärzernes Stammeln war zu erkennen, sondern dringlich und aufdringlich wußte er die Vorzüge eines Arbeitsverhältnisses bei R. u. B. zum Vortrag zu bringen. Der Verdienst beträgt sogar 5—6 Mk., nicht pro Woche, sondern pro Tag, allerdings können nicht — alle auf diesen Lohn kommen. Aber auch die Ungeübten verdienen noch ihr schönes Geld. Für gute Wohnung im Odenwald werde gesorgt, die Firma greife den Angeworbenen möglichst stark unter die Arme. Gaben unsere Kollegen Herrn Schmelzle richtig verstanden, so sollten die in Wensheim ankommenden Steinmehren sogar von einigen Beamten — abgeholt werden.

Unsre Kollegen waren baff, wie auf einmal die Arbeitskraft eines Steinmehren gemehrt wird, solche Chancen bieten sich nicht überall. Endlich gibt es eine Firma in Deutschland, die das Standesbewußtsein der Steinarbeiter richtig — einschätzt. Als endlich sich die Redeschleusen des Herrn Schmelzle einengten, wurde unsern Kollegen noch der letzte Vorzug bei R. u. B. nachgerühmt, nämlich die Lieferung von Lebensmitteln, hauptsächlich von Kartoffeln. Ist es nicht geradezu bewundernswürdig, daß die Firma so fürsorglich die Arbeiter unterstützt?



Unsere Kollegen hörten Herrn Schmeltzle mit größtem Vergnügen an. Der größte Spaß wurde ihnen aber bereitet, als dieser sagte: „Allen Verbänden und Vereinen dürfen Sie angehören, nur nicht dem sozialdemokratischen.“

Herr Schmeltzle sprach ja in seiner Unkenntnis nur zu Mitgliedern unsres Verbandes. Ja, er hatte sogar das Recht, sein ganzes Anliegen unserm dortigen Vertrauensmann vorzutragen. Besterer glaubte, und das ist ihm nicht einmal übel zu nehmen, auch einmal eine — Notlüge gebrauchen zu dürfen, indem er, wie einleitend betont, bestritt, daß in L. unser Verband existiere.

Die Blamage für den unsteinen Wanderer Schmeltzle war keine allzu kleine. Daß keiner von Langenbrandt Lust nach den in Bereitschaft zu stehenden Kartoffelsäcken des Odenwaldes verspürte, ist erklärlich, denn alle in L. Beschäftigten sind, als in Kappelrodt der Streik proklamiert wurde, abgereist.

Aus den Anstrengungen, die die Firma K. u. B. macht, um Arbeitskräfte anzuwerben, geht wohl sehr drastisch hervor, in welcher Klemme sie sitzt.

Hoffentlich wird sofort an das Fachblatt berichtet, wenn Schmeltzle anderweitig seine Werbearbeit fortsetzt.

## Mißglückte Bekehrungsversuche.

In Lindensfels fand am Sonntag, den 4. Februar, im Saale zur Traube eine Volksversammlung statt, wozu als Referent der christliche Arbeiterführer Herr Krämer aus Offenbach erschienen war. Den Vorsitz führte der den Arbeitern des Odenwaldes bekannte Herr Dr. Weismann aus Lindensfels. Saal, Galerie und Treppen waren dicht besetzt, eine solche Versammlung hat Lindensfels noch nicht gesehen. Ueber 500 Personen waren anwesend, der größte Teil der Arbeiter von der Firma Kreuzer u. Böhlinger nebst den Spröhlingsen der Geschäftsinhaber, das Beamtenpersonal sowie viele Geschäftsleute und die ausgesperrten Kollegen von Lindensfels, Elmshausen und Prebenkirchen hatten sich vollzählig eingefunden. Auch war erschienen von der Gauleitung Mannheimer Kollege Arnold und von der Gauleitung Frankfurt Gauleiter Adolf Herrmann. Der Referent Herr Krämer erklärte den Anwesenden die Bedeutung der christlichen Arbeiterbewegung; desgleichen gab er die Ziele bekannt, die die freien Gewerkschaften verfolgen. Das Endergebnis der freien Gewerkschaften sei die — Revolution. Dauerlich sei es, daß die Arbeiter nicht die Vorteile der christlichen Arbeiterbewegung einsehen wollten, die freien Gewerkschaften täten wenig für die allgemeine Bildung ihrer Mitglieder, die wissenschaftlichen Bücher bildeten nur eine verschwindende Ausnahme usw. Alsdann empfahl er den Beitritt in den christlichen Hilfsarbeiterverband; demselben könne jedermann angehören, da Diskussion über Politik und Kirche ausgeschlossen sei. (Beifall und Lärm.)

Nach einer kleinen Pause erhielt als erster Redner Kollege Arnold das Wort, der etwa folgendes ausführte: Es hätte ihn außerordentlich gewundert, daß der Referent nicht ein Wort erwähnte von der Aussperrung, die seitens der Herren Kreuzer u. Böhlinger so rücksichtslos vorgenommen worden sei. Ob ihm davon nichts bekannt sei. Des weiteren ging er noch auf die Gegensätze zwischen den christlichen und freien Gewerkschaften näher ein und zeigte an Beispielen, mit welchen Mitteln die christlichen Gewerkschaften Agitation treiben. Er warnte die Kollegen vor dem Eintritt in den christlichen Hilfsarbeiterverband, denn ein christlicher Steinarbeiterverband existiere nicht. Auch weist er den Vorwurf zurück, daß wir die Religion zerstören wollten; dazu hätten wir keine Veranlassung, denn wir wollen als Gewerkschaftler nur wirtschaftliche Vorteile in erster Linie erringen. (Lebhafter Beifall.)

Nun erhielt Gauleiter Adolf Herrmann-Frankfurt das Wort, der etwa folgendes ausführte: Auch er habe in seinem Gau schon manchmal mit den Christlichen einen Strauß ausgefochten, er kenne ihre Taktik und Kampfweise genau. Da, wo etwas im Trüben zu fischen sei, seien sie gleich bei der Hand. So auch hier im Odenwald. Auch er beurteile es, daß der Referent mit keiner Silbe die Aussperrung betont habe. Da sei wenigstens sein Gesinnungsfreund Braun in München anderer Meinung gewesen, er habe die Aussperrung im Odenwald in der Gewerkschaftsstimme (Organ der Christlichen) entschieden beurteilt. Herr Krämer scheine bei den Kapitalisten auch immer ein christliches Herz vorauszusetzen; aber das sei in vielen Fällen nicht vorhanden, sondern an Stelle des christlichen Herzens hänge der Geldsack. (Stürmischer Beifall.) Er bezeichnete die christlichen Gewerkschaften in diesem Falle als Keilreiber. In Köln und andern Orten haben die Christlichen den Unternehmern Streibredienste geleistet. Auch er warnte die Kollegen vor dem Eintritt in den Hilfsarbeiterverband und ermahnte die Kollegen, fest im Kampfe auszuharren. (Lebhafter Beifall.)

Nach kurzer Pause nahm Herr Krämer das Wort. Zunächst teilte er mit, daß er deshalb nicht über die Aussperrung gesprochen habe, weil er dazu keinen Auftrag habe!! Daß in der Gewerkschaftsstimme Herr Braun die Aussperrung beurteilt habe, sei ihm nicht bekannt. (Herr Krämer scheint seine Gewerkschaftsstimme ja recht eingehend zu lesen. Hoffentlich übergeht er in jenem Blatte die Schimpfereien gegen die freien Gewerkschaften nicht. Wie wir aus seinen Ausführungen annehmen, scheint er aus jenen ekelerregenden Schimpfstanonaden seine geistigen Waffen zu sammeln. Redaktion.) Bei Streiks und Lohnbewegungen seien die christlichen Gewerkschaften erst spät von den freien Gewerkschaften informiert worden, daher — der Streikbruch!!! In der freien Gewerkschaftspresse seien Artikel über die Weihnachtfeier erschienen, die nach seiner Auffassung skandalös seien. Er ging dann auf verschiedene Ausfahrungen, die die Kollegen Arnold und Herrmann gemacht hätten, ein, zu widerlegen vermochte er sie nicht im geringsten. Kollegen Arnold bezeichnete er als Genossen, Kollegen Adolf Herrmann als Berggenossen und Bebel als „Bonze“. Des weiteren gab er noch bekannt, daß in einer Gießerei in Offenbach die Eisengießerei, trotzdem das Eisen glühend war, die Arbeit momentan wegen Lohn Differenzen niedergelegt hätten. Die Hilfsarbeiter in den betr. Werkstätten hätten aber die Arbeit nicht niedergelegt, er müsse dieselben als Streikbrecher bezeichnen. (Zuruf: Genau wie bei Kreuzer u. Böhlinger!)

Alsdann sang er ein Loblied auf die katholischen Wohltätigkeitsvereine, genannt Caritas, gar manchem Arbeiter sei da geholfen worden. Auch habe das Zentrum schon sehr viel für die Arbeiterfürsorge getan, Sozialgesetzgebung usw. usw. (Und den Polltarif aufgehoben! Reb.)

Als nächster Redner sprach Kollege Arnold, der dem Herrn Krämer vorhielt, daß auch die katholische Kirche einst revolutionär war, als sie die heidnische Staatsreligion im alten Rom umstürzte. Er ging dann weiter auf die Weihnachtartikel ein und zeigte, wie Kreuzer u. Böhlinger das praktische Christentum bei den letzten Weihnächten gezeigt haben, indem sie die Arbeiter aufs Pfahlfeld warfen und ihnen auf einmal allen Vorfuß abzogen, so daß Leute nach Hause gingen mit ein paar Pfennigen in der Tasche. Auch brachte er den Brief in Erwähnung, den die Firma Kreuzer u. Böhlinger an die Kollegen im Bährischen Walde verschickt hat, er glaubt aber nicht, daß sich Arbeitswillige finden werden und auch noch um den horrenden Affordbloh ihre jetzige Arbeitsstätte verlassen würden. Redner besprach noch die Wirkungen der indirekten Steuern und ihre Belastung für das arbeitende Volk. (Lebhafter Beifall und Zurufe.)

Auch Kollege Adolf Herrmann-Frankfurt nahm nochmals das Wort. Er führte aus, es wundere ihn, daß Herr Krämer die

Arbeiter mit aller Gewalt in den christlichen Verband hineinzuziehen wolle, er solle doch auch einmal die Arbeitgeber im christlichen Arbeitgeberverband zusammenbringen. Dafür würden sich freilich Kreuzer u. Böhlinger bedanken, eine solche Zumutung würden sie mit Recht als Frechheit bezeichnen. Auch die Arbeiter sind alt genug und brauchen sich nicht von den Pfaffenlern leithammeln zu lassen.

Daß die katholische Caritas schon manches Gute geschaffen hat, erkennt er an, aber wir Arbeiter wollen so viel verdienen, daß wir uns einen Sparsperrung zurücklegen können, um nicht die Hilfe der Caritas in Anspruch zu nehmen. Er kritisierte ferner das die Bürgererschaft irreführende Flugblatt, das in Lindensfels verbreitet worden war, und zeigte den Geschäftslenten, daß sie nicht allein von Kreuzer u. Böhlinger leben können, sondern die Arbeiter mit ihrem großen Konsum sind es, die ihnen den Verdienst bringen. (Hoffentlich begreifen dies die Geschäftsleute. Die Reb.)

Wir sind zu jeder Zeit bereit, mit Kreuzer u. Böhlinger Frieden zu schließen, wir kämpfen nur um unser gesetzmäßiges Koalitionsrecht. Früher haben katholische Arbeiterführer auf einem andern Standpunkt gestanden als die heutigen christlichen Agitatoren, er nenne nur Bischof Ketteler und Kaplan Heßdörfer. Auch schilderte er noch den Streit, der gegenwärtig im christlichen Lager tobt zwischen den beiden Richtungen. Es würde zu weit führen, alles zu schildern, manchmal kam es bei seinen vorzüglichen Ausführungen zu feierlicher Geisterzeit. Der Redner ermahnte noch die Kollegen, da es inzwischen 6 Uhr geworden war (die Versammlung tagte seit 2 Uhr), gemeinsam den Saal zu verlassen und in die Sonne zu gehen, da noch verschiedenes zu besprechen sei. Er schloß seine Ausführungen mit den Worten des Dichters Freilichttag:

Und dräut der Winter noch so sehr  
Mit trocknen Gebärden,  
Und streut er Eis und Schnee umher,  
Es muß doch Frühling werden.  
(Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

## Ueber die Lage im Odenwälder Aussperrungsgebiet.

Es ist zu bedauern, daß der Kampf ununterbrochen fortbauert. Der Firma gelangt es trotz krampfhafter Anstrengung nicht, fremde Arbeitskräfte heranzuziehen. Die winzige Zahl, welche angeworben ist, dürfte der Firma hinsichtlich der Arbeitsleistung sehr teuer zu stehen kommen. Auf eins sei hier insbesondere hingewiesen, nämlich auf die Haltung der Bürgererschaft von Bensheim bis Lindensfels. Diese Kreise stellen sich an, als ob die Arbeiter den Konflikt heraufbeschworen bezw. gesucht hätten.

Es sei nochmals folgendes konstatiert: Die Steinhauer und Schleifer schlossen sich ihrer Berufsvereinigung an, was Kreuzer u. Böhlinger, jeder sozialpolitischen Einsicht in das moderne Staats- und Wirtschaftsleben zum Trotz, nicht leiden wollten, weshalb sie ihren alten jahrelang bei ihnen arbeitenden Leuten kündigten und entließen. Hierbei sei bemerkt, daß diese Arbeiter leider zu spät zu der Einsicht kamen, sich ihrer Berufsvereinigung anzuschließen. Sie hatten damit so lange gewartet, bis sich die Firma zu dieser wirtschaftlichen Macht, vom befristeten Arbeiter vor 20—25 Jahren, ausgemacht hat; nun ist natürlich der Kampf um so viel schwerer und langwieriger. Das Schwierige an dem Kampf ist, daß es eine Brücke zur Verständigung dabei nicht gibt und es aufs Wiegen oder Brechen ankommen wird. Wäre es ein Angriffs- oder Abwehrstreit mit Forderungen, so wäre ein Boden geschaffen, auf welchem sich verhandeln ließe. Hier aber heißt es unentsetzt, Kampf bis zum vollen Erfolg.

Hätte man auf Seiten der Firma vermutet, daß ein solcher Widerstand von uns zu erwarten war, wer weiß, ob sich die Firmeninhaber die Sache nicht überlegt hätten, ehe man den Kampf gesucht hätte. Für den Verband ist es eine prinzipielle Existenzfrage, denn hier dem Kampfe ausweichen oder ihn vermeiden, hieße sich negieren (selbst aufgeben). Der Kampf um das Vereinigungsrecht ist viel zu wichtig, um nicht alles daran zu setzen.

Das Schicksal und der Ausgang der ganzen Aktion hängt ab von dem Verhalten der Aussperrten selbst. Solange diese von der ganz niederrückigen Beeinflussung von allen Seiten sich nicht bewegen lassen und feststehen, bleibt die Sache, wie sie gegenwärtig steht, und der Erfolg muß auf unsrer Seite sein. Krasser ist noch keine Machfrage ausgetragen worden, wie in diesem Massenkampf in des Wortes verwegener Bedeutung.

Besonders wird derselbe durch einen Umstand charakterisiert. Sämtliche Unternehmer der Granitgrabsteinbranche klagen über die grenzenlose Konkurrenz der Firma Kreuzer u. Böhlinger, und trotzdem es sich hier um Lohn- oder ähnliche Forderungen nicht handelt, sondern um ein Recht, welches so ziemlich alle Unternehmer ihren Arbeitern zugestehen, ja mit der Organisation sogar Verträge abgeschlossen haben, und die schönste Gelegenheit da wäre, für diese Konkurrenz sich einmal Genugtuung zu verschaffen, werden doch die Aussperrten von andern Unternehmern nicht eingestellt. Es ist das ein leuchtendes Beispiel von Klassenzusammengehörigkeit, welches sich die Arbeiter hinter die Ohren schreiben sollten. Andererseits erzieht man daraus, daß eben alle Unternehmer das Koalitionsrecht der Arbeiter zerstört sehen möchten, wenn es für sie ohne Kampf geschehen könnte. Den Klassengenossen Kreuzer u. Böhlinger muß nun treue Waffenbrüderschaft gehalten werden, da diese ins Wespennest gegriffen haben.

Aber trotz dieser Hilfe, die der Firma Kreuzer u. Böhlinger hier erwächst, auch trotz der Treiberdienste des geistig armen Bürgergertums von Bensheim bis Lindensfels, welche das Lob der beiden intelligenten Geschäftsinhaber nach allen Winden auskragen, sind wir noch lange nicht am Ende unsres Latztes! Im Gegenteil, dem Frühling entgegen soll es erst recht frisch und fröhlich angehen mit dem Kampf. Schon sieht man, daß die Arbeiter abreisen, sich anderweit Arbeit suchen, so daß der Kampf immer leichter wird. Auch werden wir alles tun und versuchen, unsre Arbeitsbrüder zu derselben Waffenbrüderschaft anzufeuern, wie sie von den Unternehmern geübt wird. Dem Bürgergertum dürfte durch die Injanzierung dieses Kampfes von Kreuzer u. Böhlinger ein Dienst erwiesen werden, wofür sie später schwerlich sich bedanken werden, denn schon gehen die Arbeiter mit dem Gedankem um, ihre Rundschaft solchen Leuten, welche in ganz einseitiger Weise Stellung nehmen, zu entziehen und es Arbeitern ander Gegenden nachmachen werden und ihre Waren billiger und besser, unter Ausnutzung solcher einseitiger Leute, direkt beziehen. Wenn K. u. B. nicht zu der Einsicht kommen, ihren Arbeitern das Koalitionsrecht zu gewähren, gut, dann müssen sie eben erfahren, daß die Arbeiter sich dieses gesetzliche Recht erkämpfen. Eine andre Parole gibt es nicht!

## Zur Anstellung von Gauleitern.

Mit diesem Thema beschäftigt sich der Leitartikel in Nr. 5 unsres Fachorgans. Der Hinweis und die Begründung zur Anstellung von besoldeten Gauleitern sind darin so zutreffend geschildert, daß es sich wohl erübrigt, noch weitere Worte darüber zu verlieren. Wenn ich nun trotzdem in diesem Punkte den Raum dieses Blattes in Anspruch nehme, so geschieht dies nicht aus prinzipieller Gegnerschaft gegen die besoldeten Gauleiter, sondern aus Gründen, die meiner Ansicht nach wohl wert sind, einer näheren Erörterung unterzogen zu werden.

In dem betr. Artikel wird der Vorschlag gemacht, in Köln einen besoldeten Gauleiter anzustellen. Dagegen wäre an und für sich nichts einzuwenden. Die Kollegen Rheinlands und Westfalens würden diesen Schritt mit Freuden begrüßen. Es entzieht nun für mich und für jeden, der bis jetzt in der schwarzen Ecke Deutschlands agitatorisch tätig gewesen ist, die Verhältnisse

also ganz genau kennt, die Frage: „Ist die Anstellung eines besoldeten Gauleiters in unserem Bezirk momentan nicht verfrüht?“ Ich werfe diese Frage auf, weil es in dem betr. Artikel heißt: „Auch in der Düsseldorf Gauleitung scheint nicht alles harmonisch zu klappen. Es ist dies ein Zustand, der als sehr bedauerlich bezeichnet werden muß, und so ist es erklärlich, wenn es dort nicht recht vorwärts gehen will.“ Gewiß ist dies bedauerlich; ob sich dies aber mit einem Schläge unter einem besoldeten Gauleiter ändern wird, steht auf einem andern Blatte.

Einen Bezirk wie Rheinland und Westfalen mit jährlich 150 Mt. agitatorisch mit Erfolg bearbeiten zu können, ist natürlich vollständig ausgeschlossen. Es ist, und zwar nicht mit Unrecht, oft genug darauf hingewiesen worden, daß gerade unser Bezirk bisher tiefmütterlich behandelt worden sei. Auch dieses ist zu untersuchen, einesteils durch unsre ungünstigen finanziellen Verhältnisse (die sich ja erfreulicherweise in den letzten Jahren gebessert haben), andernteils durch die Interesslosigkeit und den Mangel an geeigneten Agitatoren. Ziehen wir nun das Fazit, was bis jetzt von dem Agitationskomitee in Köln von 1895 an und von der Düsseldorf Gauleitung geleistet worden ist. Es soll daran bemerkt werden, unter welcher schwierigen Verhältnissen wir in unserem Bezirk zu arbeiten haben. Man werfe nur nicht ein, was auf Rheinland-Westfalen zutrifft, trifft auch auf andre Bezirke zu. Wer diese These aufstellt, kennt die Verhältnisse in unserem Bezirk nicht. Betrachten wir uns zunächst die bestehenden Zahlstellen unsres Gaus. Ein Satz des betr. Artikels heißt: „Die dort bestehenden Zahlstellen bedürfen sehr des Ausbaues.“ Also selbst die städtischen Zahlstellen sind seit ihrer Gründung nicht in der Lage gewesen, festen Fuß zu fassen. Auf die einzelnen Orte einzugehen, würde zu weit führen. Das Bemerkenswerteste ist jedoch, daß seit 1898 die Anzahl der Zahlstellen sich nicht um eine einzige vermehrt hat. Wir stehen also noch immer auf demselben toten Punkt wie vor 8 Jahren trotz Agitationskommissionen und Gauleitung; Aachen, Broyl, Koblenz, Naeren sind längst wieder sanft entschlafen. Ob in Bochum, Bonn, Andernach, Bielefeld, Gerdecke, Königswinter und Neu-Vreilig in den letzten Jahren von seiten der Gauleitung im Punkte Agitation etwas geschehen ist, bezweifle ich sehr. Wenn wir, wie z. B. in diesen Städten keinen festen Fuß fassen können, wie viel schwieriger ist es erst, in Bruchdistrikte einzubringen. Zehn dieser vorgenannten Orte sind bereits vom Kölner Agitationskomitee bearbeitet worden und zwar sechs mit Erfolg. Wenn nun diese, darunter Koblenz, das als festeste Stütze galt, wieder eingegangen sind, so kann auf keinen Fall das Agitationskomitee oder die Gauleitung dafür verantwortlich gemacht werden, das liegt nun eben an den örtlichen Verhältnissen selbst, mit denen wir auch in Zukunft zu rechnen haben werden. Außer der vorgenannten Orte wurden Versuche gemacht, in folgende Bruchdistrikte einzubringen: in den Jahren 1894—95 im Nahener Gebiet mit vier Zahlstellen. Die Folgen davon waren Massenarrestationen, Lokalstreikerei, Gründung von christlichen Steinhauervereinen, Ausweisung des betr. Agitators aus dem Nahener Gebiet und zum Schluß die bekannte Gendarmarieattade gegen wehrlose Versammlungsbesucher und eine Anklage wegen Landfriedensbruch, Räubersführerschaft usw. Die Saat ist dort auf guten Boden gefallen und es bedarf nur eines Vorstoßes, um die gewerkschaftliche Organisation wieder zum Aufleben zu bringen. Die Agitation in den Eisler Sandsteinbrüchen Cordel, Densborn, Kyllburg usw. in dem Jahre 1898 war erfolglos, immerhin waren dort Anknüpfungspunkte vorhanden, die, wenn eine besoldete Kraft vorhanden gewesen wäre, bei öfterem Besuch uns von großem Nutzen gewesen wären. Des ferneren wurden Vorstöße gemacht 1898—99 in den Ruhrkohlensteinbrüchen Gerdecke und Umgegend, in welchem ein Drittel italienische Kollegen beschäftigt sind, in den Trachtbrüchen im Siebengebirge, Geissenbacherort und Umgegend und in den Blausleinbrüchen von Naeren bei Aachen.

In all diesen Orten waren Kollegen vorhanden, die mit uns sympathisierten und auch die Verbreitung von Flugblättern und des Fachorgans übernahmen. Nun kann man aber von einem Kollegen, der die ganze Woche über seiner beruflichen Tätigkeit nachgehen muß, schlechterdings nicht verlangen, ein derartiges riesiges Agitationsfeld mit Erfolg bearbeiten zu können. Man soll also einen Kollegen, wenn die Agitation auch einmal fruchtlos ausgefallen ist, nicht für den Sündenbock ansehen oder für unbefähigt halten. Die Schuld liegt hier auch wohl auf Seiten der Kollegen, wo der Gauleiter seinen Sitz hat. Wenn hier keine geeigneten Kräfte vorhanden sind, die dem Gauleiter, ob besoldet oder unbesoldet, unterstützen können, dann ist es allerdings nicht verunmöglich, wenn es nicht recht vorwärts gehen will.

Und hier kommen wir auf den Grund, weshalb wir in unserm Bezirk nicht vorangekommen sind. Das Agitationskomitee in Köln mußte seinen Sitz aufgeben, weil eben keine agitatorischen Kräfte vorhanden waren. Was die Düsseldorf Gauleitung bis jetzt geleistet hat, ist ebenfalls gleich Null. Man hat den Gauleiter Schmitz abgesetzt, ob mit Recht oder Unrecht, mag dahingestellt bleiben. Eine provisorische Gauleitung wird nach Eberfeld oder sonst wohin verlegt und man glaubt damit einen tüchtigen weiteren Schritt zur Agitation getan zu haben.

Nach all den bösen Erfahrungen, die man in unserm Gau gemacht hat, will man jetzt zu einem radikalen Mittel greifen: zur Anstellung eines besoldeten Gauleiters. Die Erfahrung hat uns nun gelehrt, daß der erste Ansturm besonders in den Bruchdistrikten noch immer abgeschlagen worden ist, oder aber die gegründeten Zahlstellen schnell wieder eingingen. Es wäre nun die Frage aufzuwerfen, und das ist der eigentliche Zweck des Artikels: „Wäre es nicht praktisch und sogar sehr notwendig, daß, bevor ein besoldeter Gauleiter angestellt würde, eine planmäßige Agitation im ganzen Gau in die Wege zu leiten?“ Würde diese Frage von den Kollegen unsres Gaus und speziell von den zur Agitation Befähigten ernstlich geprüft, sie müßte im bejahenden Sinne ausfallen.

Hätte dem letzten Gauleiter in Düsseldorf nur die Hälfte des Gehalts eines besoldeten Gauleiters zur Verfügung gestanden, oder hätte der Gauleiter, wenn er sich selbst zu schwach fühlte, die agitatorischen Kräfte in den einzelnen Zahlstellen unsres Gaus oder des benachbarten Frankfurter Gaus um Hilfe angesprochen, der Erfolg der Agitation hätte nicht ausbleiben können, wenigstens wäre das Feld für einen besoldeten Gauleiter vorgearbeitet und beackert gewesen. Ich gehe von dem Gesichtspunkte aus, dem Gauleiter es ebenso leicht wie möglich zu machen. Derselbe wird ohnehin die unzähligen Unannehmlichkeiten und die Gefahren für Leben und Gesundheit, die unsren Agitatoren auf Schritt und Tritt in den Bruchdistrikten verfolgen, noch oft genug in den Kauf nehmen müssen. Außerdem meine ich, werden in den ersten Jahren die Erfolge der Agitation unter einem besoldeten Gauleiter nicht dem Gehalt und den Ausgaben desselben entsprechen.

Auch dieses letztere wäre an und für sich nicht in Betracht zu ziehen, wenn die Beweise, erbracht würden, daß in Zukunft die Bruchdistrikte doch noch für uns zu gewinnen wären.

Man wird mich für einen Pessimisten halten, nach den Erfahrungen aber, die wir in den letzten 12 Jahren gesammelt haben, ist ein Optimismus nicht angebracht und auch die Zentralleitung wird gut tun, nicht allzu große Hoffnungen auf einen besoldeten Gauleiter zu setzen. Der Kölner Gau ist eben kein Würzburger Gau, dort liegen die Steinbruchbetriebe besonders am Main eng aneinander.

Mein Vorschlag geht nun dahin: die Anstellung eines besoldeten Gauleiters ist noch 1 Jahr zu verschieben, statt dessen wird in irgend einem Orte, der der Zentralleitung am geeignetsten erscheint, eine Gauleitung eingesetzt, dem sich sämtliche agitatorischen Kräfte unsres Bezirkes, sofern diese Anspruch auf den Namen Organisatoren machen wollen, sich dieser zur Verfügung zu stellen haben, um so mit vereinten Kräften die noch

Agitation im ganzen Gau in die Wege zu leiten.“ Würde diese Frage von den Kollegen unsres Gaus und speziell von den zur Agitation Befähigten ernstlich geprüft, sie müßte im bejahenden Sinne ausfallen.

Mein Vorschlag geht nun dahin: die Anstellung eines besoldeten Gauleiters ist noch 1 Jahr zu verschieben, statt dessen wird in irgend einem Orte, der der Zentralleitung am geeignetsten erscheint, eine Gauleitung eingesetzt, dem sich sämtliche agitatorischen Kräfte unsres Bezirkes, sofern diese Anspruch auf den Namen Organisatoren machen wollen, sich dieser zur Verfügung zu stellen haben, um so mit vereinten Kräften die noch



nicht organisierten Städte und die Bruchdistrikte zu bearbeiten. (Dann sind wir in einem Jahre soweit wie jetzt. Red.)  
Es kommen von den vorstehenden genannten Gebieten circa 40 Zahlstellen mit über 12 000 (?) Kollegen in Betracht. (Wenn eine so große Anzahl Steinarbeiter in Frage kommen sollte, so wäre es sehr ungeschickt gehandelt, mit der Anstellung noch länger zu warten. Red.) Ausgeschlossen davon sind das Lahn- und Nahetal, sowie der Westerwald, wo bis jetzt von unserer Seite aus, noch gar nichts geschehen ist.  
Das Material über die ganze Agitation in unserem Gau ist von der Gauleitung zu sammeln und der Zentralleitung zu überweisen.  
Zit ein Jahr lang eine planmäßige Agitation mit Zähigkeit und Ausdauer betrieben worden, erst dann kann die Zentralleitung dazu übergehen, vorausgesetzt, daß der Verbandstag im Sinne des Zentralvorstands beschließt, einen besoldeten Gauleiter anzustellen.  
R. u. h. n.

## Zur Reiseunterstützung.

Niemand wird so ungeschickt sein, den Bau eines Hauses zu beginnen, es halb fertigstellen und dann schon wieder ein neues in Angriff nehmen. Geniale Baumeister werden nicht so verfahren, sondern zunächst das erst begonnene Gebäude vollständig fertigstellen und komfortabel einrichten.  
So muß es auch innerhalb unseres Verbandes gehandhabt werden.  
Da wird jetzt immer geschrieben von neuen Unterstützungs-einrichtungen, wiewohl ich zwar auch kein Gegner davon bin. Mein ganzes Streben, Sinnen und Trachten geht vor allen Dingen dahin, daß die Reiseunterstützung einer bedeutenden Verbesserung bedarf. Wenn man nun so auf der Wandschaft ist, zumal im Winter, wo das Reisen wirklich kein so großes Vergnügen bereitet, wie manche denken, da bekommt man meist von den verheirateten Kollegen leider zu hören, sie bezahlten bloß für uns Bediege die Beiträge und mühten uns ernähren. Mit diesen Worten, die man von den Leipziger Steinmetzen oft hören muß, bin ich aber nicht einverstanden, wenn man bedenkt, daß bei Ausbruch des Streiks wir Bediegen doch stets diejenigen sind, welche abreisen müssen. Man hat aber oftmals das Glück nicht, gleich wieder Arbeit zu finden, wie es im Frühjahr gewöhnlich immer der Fall ist, wo die erste Spalte im Steinarbeiter nichts als Streiks und Sperren aufweist. So kommt es oft vor, daß man 13 bis 14 Wochen ohne Arbeit und zugleich ohne Geld herumläuft, denn man kann mit den 1.20 Mark nicht so große Sprünge machen. Hier muß man aber auch gleich mitrechnen, daß es öfters vorkommt, vier Tage zu laufen und auch nicht mehr als 1.20 Mark erhält. Da bleibt einem nichts anderes übrig als zu betteln, aber jedem ist das nicht gegeben, sondern er ist gezwungen, die Einrichtung, die auch mal in unserm Fachblatt kritisiert wurde, nämlich die Verpflegung in christlichen Herbergen in Anspruch zu nehmen. Diesen unleidlichen Zuständen kann nur abgeholfen werden, wenn die Reiseunterstützung bedeutend erhöht und die Orte, die dieselbe auszahlen, vermehrt werden.  
Für eine Erwerbslosenunterstützung bin ich nicht, aber eher für eine Krankenunterstützung, denn die meisten Kollegen wissen, daß man uns nicht in jeder Hilfskasse aufnimmt. Es ist doch immer ein großer Vorteil, wenn man aus der Verbandskasse einen Zuschuß erhält. Nun handelt es sich aber wieder, wie das Geld aufbringen, denn das ist selbstverständlich, wo genommen wird, da muß auch gegeben werden, und das ist der wunde Punkt, um welchen es sich handelt. Nun bin ich der Meinung, daß die Beitragsklassifizierung anders vorgegangen werden muß und zwar nach Stunden und Löhnen, jedem würde da mit der Beitragsleistung Gerechtigkeit widerfahren. Einen Stundenlohn muß jeder Kollege als Beitrag pro Woche übrig haben. Durch was sind die Stundenlöhne erhöht worden? Doch nur durch die Organisation! Würde dieses Beitragssystem eingeführt, so würde dem Verband eine respektable Summe mehr an Beiträgen als bisher zugeführt werden können. Die Krankenunterstützung ließe sich daraus wohl auch bestreiten.  
Galberstadt. Hugo Thalheim.

## Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

An die Vertrauensleute!  
Wir ersuchen die Vertrauensleute derjenigen Orte, wo schon Tarife bestehen, uns sofort ein Exemplar davon zu übersenden. Auch ist in einem Begleitschreiben anzugeben, wie vielen Kollegen der Tarifabschluß zugute kommt. Wir benötigen die verlangten Tarife schnellstens, damit diese zum Verbandstage noch eingehend studiert werden können. Auf der Nürnberger Generalversammlung steht der Punkt Tarifwesen auf der Tagesordnung, und da ist es notwendig, daß der Verbandsvorstand einen allgemeinen Überblick über diesen Punkt erhält und die nötigen Theesen anzustellen in der Lage ist.

An diejenigen Zahlstellen, die in Lohnbewegung stehen, haben wir diese Woche ein Zirkular versandt; die Mitglieder der Ortsverwaltungen haben den Inhalt in sofort abzuhalten Sitzungen zu besprechen.

## Korrespondenzen.

Berlin I. Die am 1. Februar in den Arminhallen tagende Versammlung der Steinarbeiter Berlin I beschäftigte sich mit den Anträgen zum Verbandstage. Bei Punkt 2: Presse, wird große Beschwerde geführt, daß trotz des seinerzeit gefassten Beschlusses jetzt wieder Annoncen betreffs Arbeitsangeboten im Steinarbeiter aufgenommen werden. Zum Kassenbericht wird folgender Antrag angenommen: Der Beitrag zur Unterstützungs-einrichtung für Angestellte der Organisationen (Verein Arbeiterpresse) im Betrage von 6 Mk. pro Monat und Person ist für die Angestellten des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands nicht mehr aus der Verbandskasse zu bestreiten. Bei Anstellung von Gauleitern sprechen sich mehrere Redner im Prinzip für diese aus. Von einer delegierten anheim gestellt, je nach Lage der Sache zu stimmen. Kritisiert wurde, daß der Zentralvorstand bei zu vergebenden Posten im Vorstände nicht den statutarischen Weg befolgt. Zum Punkt Streiks wird Kritik an der Haltung des Gauleiters Mittenmeier, der zur Zeit des Streiks im Muschelkalkgebiet (Kirchheim-Hardheim) anderweitig Agitationstouren unternahm, geübt. Weiter wird angeregt, in der Taktik bei Streiks vorsichtig zu sein, da durch taktische Fehler gar zu leicht Streiks verloren gehen. — Dem Zentralvorstand könne das alleinige Bestimmungsrecht, der Sanktionierung oder Aufhebung von Streiks allein nicht mehr zuerkannt werden. Zu Punkt Organisation liegen folgende Anträge vor: 1. Die Filialen des Verbandes der Steinarbeiter Deutschlands in den einzelnen Orten sind zu einer Verwaltungsstelle zusammenzulegen. 2. Im ersten Jahre der Mitgliedschaft sind Mitgliedsarten auszugeben. Nach einem Jahre sind die Karten gegenüber auszutauschen. — Beide Anträge werden angenommen. Bei Punkt Unterstützungs-einrichtungen wird der Vorschlag gemacht, die Streikunterstützung nicht zu erhöhen, die Maßregelungsunterstützung auf acht Wochen zu verlängern. Dieser Vorschlag wird abgelehnt. Da die Kranken- und Arbeitslosenunterstützungen vorliegen nicht rentabel erscheinen, lehnt die Versammlung diese ab. Darauf gelangt folgender Antrag zur Annahme: Die Reiseunterstützung ist an allen Orten auszugeben, mit fest normierten Sätzen, aber nicht unter 50 Pfg. Die Reisefarten sind von den Zahlstellenvorständen auszustellen. (Mittenmeier hatte schon über alle Versammlungen disponiert und dem Streikomitee in

Kirchheim dann mitgeteilt, wohin Briefe oder Telegramme zu senden seien. Als die ersten Streikbrecher angingen, wurde unbeständlicher Weise keine Depesche nach Nürnberg geschickt, sondern ein Brief nach der Wohnung in Würzburg. Die Unterstellung der Berliner Kollegen ist vollkommen hinfällig. Redaktion.)

Crawinkel. Am 30. Januar fand unsere übliche Monats-versammlung statt, die sich hauptsächlich mit der bevorstehenden Gaufonferenz befahte. Es wurde über jeden Punkt des Verbandstages einzeln debattiert und folgende Anträge gestellt und einstimmig angenommen: 1. Die Kranken- und Arbeitslosenunterstützung, so wie sie im Steinarbeiter von der Geschäftsleitung publiziert ist, vorläufig zu verwerfen, dagegen die Maßregelungsunterstützung von 4 auf 8 Wochen zu erhöhen und auch eventl. die Reiseunterstützung besser auszubauen. Es bewegen uns folgende Gründe dazu: Wenn wir in die Bruchgegenden kommen und der Beitrag ist um 20 Pfg. erhöht, werden schmerzlich Mitglieder zu gewinnen sein. Von der Maßregelung werden gerade die tüchtigsten Kollegen am meisten betroffen, und wenn es zum Streik kommt, so werden die Bediegen meistens zum Abreisen gezwungen, und was haben sie dann auf der Landstraße? 2. Der Verbandstag möge beschließen, daß in einer Zahlstelle, wenn es für notwendig befunden wird, zwei Beitragsklassen gezahlt werden können. Auch für die Marmorbranche würde dies von Vorteil sein. Daß der Steinarbeiter vergrößert werden soll, können wir nur gutheißen, denn die Versammlungsberichte kommen, wenn überhaupt, erst recht spät in die Öffentlichkeit. Wir haben auch noch Kollegen, die gegenwärtige Plätter halten, und deshalb muß unser Organ mehr politische Aufklärung enthalten. An der Anstellung von zwei besoldeten Gauleitern hatte die Versammlung nichts einzubringen. Unter Verschiedenem wurde noch ein Hilfskassierer für Gossel gewählt.

Darmstadt-Klein-Gerau. Die am Sonntag, den 28. Januar, in Klein-Gerau stattgefundene Versammlung war sehr schlecht besucht. Der Kassierer verlas den Kassenbericht. Die Revisoren sowie der anwesende Gauleiter bestätigten die Richtigkeit der Abrechnung. Auf Antrag wird dem Kassierer Decharge erteilt. Nachdem dieser Punkt erledigt war, nahm Kollege Adolf Herrmann das Wort zu seinem Vortrage: Die Gewerkschaften, ihr Nutzen und die Bedeutung für die Arbeiter. Der Referent verstand es, den Kollegen ein klares Bild zu geben über die derzeitige wirtschaftliche Lage und zeigte an Beispielen, wie notwendig es ist, sich zu organisieren. Auch erklärte er noch die Beschlässe der Gaufonferenz zu Mainz. Die Diskussion war erfreulicherweise eine lebhaftige. Der Vortrag fand großen Beifall. Alle Redner waren mit den Ausführungen des Gauleiters einverstanden, nur bezüglich des Gauleiters ist ein kleiner Fehler richtig zu stellen, indem die Zahlstelle ebenfalls über 40 Pfg. Beitrag erhebt, nämlich pro Woche 45 Pfg. Es wurde nun zur Neuwahl des Vorstandes geschritten. Als 1. Vorsitzender wurde gewählt Joseph Ringfrei, Kraisa bei Darmstadt, als 2. Vorsitzender Ludwig Schuch, Nauheim, als Kassierer Adam Horst, Klein-Gerau, als Schriftführer H. Stoll, Klein-Gerau, als Revisoren L. Oppel, F. Henkel, F. Brunner. Als Delegierter zum Verbandstag wird einstimmig Kollege Adolf Herrmann, Gauleiter, aufgestellt. Der Vorsitzende richtet zum Schluß noch die Bitte an die Kollegen, die nächste Versammlung auch so zahlreich zu besuchen wie die heutige.

Dresden. Mittwoch, den 27. Januar, tagte im kleinen Saal des Volkshauses eine öffentliche Steinarbeiter-versammlung. Zunächst gab Kollege Seidel den Jahresbericht, aus welchem hervorging, daß das Jahr 1905 ein Kampfsjahr war. Haben doch alle Gruppen in Lohnbewegungen gestanden, mit deren Verlauf wir so ziemlich zufrieden sein können. Nach dem Kassenbericht betrug die Einnahme einschließlich des Kassenbestandes von 1904: 51 810.59 Mk., die Gesamtausgabe 24 107.27 Mk. Nach Nichtigerklärung dieses Berichtes durch die Revisoren wurde Seidel Entlastung erteilt. Einstimmig wiedergewählt wurde als Vertrauensmann Kollege Seidel, als Kartelldelegierte Plenide und Seidel, zu Revisoren wurden bestimmt Fiedel, Elser und Steglich, ferner wurden als Vorstandsmitglieder die Kollegen Bener, Fink, Jahn, Lachmann, Elmer, Sauer und Steglich gewählt. Zu der in Pirna stattfindenden Gaufonferenz, zu welcher als Delegierte Seidel und Elser gewählt wurden, stellte Dresden folgende Anträge: 1. Die Arbeitslosenunterstützung ist einzuführen; die Gaufonferenz möge dementsprechend beschließen und einen dahingehenden Antrag an den Verbandstag stellen. 2. Zeitungs- und Delegiertenmarken haben in Wegfall zu kommen, die Reiseunterstützung wird um 20 Pfennige pro Tag erhöht. Der Steinarbeiter hat alle 14 Tage sechs-tägig zu erscheinen, dafür wird jede Beitragsklasse um 5 Pfennige erhöht. Im Gewerkschaftlichen wurde darüber Klage geführt, daß trotz der Revisionen die Bundesratsverordnung zum großen Teil nicht eingehalten wird. Seidel gibt bekannt, daß endlich das Gewerbeamt B entschieden hat, daß auch die Steinarbeiter (Spizmaurer), welche bei Baumeistern arbeiten, die vom Bundesrat erlassenen Bestimmungen einzuhalten haben und diesen Entscheid den Wohlfahrtsämtern mitgeteilt. Wahrnehmungen, daß diese Bestimmungen nicht innegehalten werden, sind sofort dem Vertrauensmann zu melden, damit dieser weitere Schritte unternehmen kann. Aus dem Bericht, welcher in der am 1. Februar stattfindenden Versammlung von den Delegierten der Gaufonferenz gegeben wurde, war zu ersehen, daß der Antrag 1, betreffs Arbeitslosenunterstützung, abgelehnt wurde. Die Zahlstelle Dresden wird daher diesen Antrag selbst an den Verbandstag einreichen. Ein Antrag, den Verbandstag zu ersuchen, für den 3. Gau einen besoldeten Gauleiter anzustellen, wurde gegen 2 Stimmen angenommen, denn es sind im 3. Gau noch gegen 6000 unorganisierte Steinarbeiter vorhanden. Wohl in keinem Gau sind auf einem so engbegrenzten Distrikt so viel Steinarbeiter beschäftigt. Auch wurde der Wunsch geäußert, die Reisefarten möchten wieder von den örtlichen Vertrauensleuten ausgestellt werden. Im Gewerkschaftlichen fanden noch einige Streitigkeiten durch Berichtigung des Vertrauensmannes ihre Erledigung.

Fechenbach. Am 3. Februar sollte in Vogthal (Baden) eine christliche Steinarbeiter-versammlung tagen. Als Referent sollte wahrscheinlich der christliche Bezirksleiter Tretter aus Fechenbach erscheinen. Man hielt die Sache geheim, damit ja keiner von der freien Gewerkschaft etwas davon erfahre, doch trotz alledem füllten die Kollegen von Vogthal, Mondfeld und etliche Kollegen aus Fechenbach die unteren Wirtszäume. Endlich erschienen Bezirksleiter Tretter, machte aber ein ganz verblüfftes Gesicht, als er so viele Kollegen von der freien Gewerkschaft sah. Dies gab dann auch die Veranlassung, daß die Christlichen mit dem Beginn der Versammlung zögerten. Stundenlang harrten unsere Kollegen, endlich schlich Herr Tretter zur Hintertüre hinaus und begab sich in den Saal. Hier verabredete man sich, daß nur eine Besprechung stattfinden solle, zu der nur Vogthaler Kollegen Zutritt hätten. Endlich gab man das Zeichen, daß sich die Vogthaler Kollegen in den Saal bemühen sollten, doch auch die Kollegen der freien Gewerkschaft gingen mit. Dies gab wiederum Veranlassung, daß Herr Tretter nicht im Saale erschien. Da stand nun der Einberufer auf und erklärte, daß nur Kollegen Zutritt hätten, welche in Vogthal arbeiten. Jetzt fragte Kollege Dösch aus Fechenbach den Einberufer, ob der Saal gemietet sei? Die Antwort lautete: Nein. Gut, dann haben wir auch keine Veranlassung, das Lokal zu verlassen. Es trat dann eine kurze Pause ein. Da die Versammlung nicht eröffnet wurde, ergriff Kollege Dösch das Wort und schilderte mit markanten Worten die überaus traurige Lage in unserm Berufe und kam sodann auch auf die christlichen Gewerkschaften und die n e d e r s t r ä c k t i g e „Kampfesweise“ ihrer Führer zu sprechen. Sie seien zu feige, dem Gegner gegenüber zu treten, das könnten sie jetzt an dem Beispiel ersehen, daß Herr Tretter nicht die Lust habe, den Saal zu betreten, weil die freie Gewerkschaft

betreten sei. Kollege Dösch schloß unter fränkischem Beifall seine Ausführungen. Hierauf machte ein Kollege Herrn Tretter aufmerksam, in den Saal zu kommen, was Herr Tretter nicht tat. Wahrscheinlich dachte er, den Kollegen die Sache hinter den Kulissen beizubringen. (Ginterklistig, wie immer!) Im Saal wurde es dann gemächlich, kein Kollege hatte die Courage, etwas zu erwidern. Erst als Kollege Dösch seine weiteren Ausführungen mit einem Hoch auf den Zentralverband der Steinarbeiter schloß, gärrte es. Ein Christlicher beziehtige unsere Kollegen der Religionslosigkeit. Ob sich dieser Mann über die gewerkschaftlichen Prinzipien schon etwas erkundigt hat, ist fraglich. Der Steinarbeiterverband ist nur da, die wirtschaftlichen Interessen der Steinarbeiter zu fördern, während nicht der geringste Zwang ausgeübt wird auf religiöse Dinge. Die Kollegen stunde war eingetreten und Herr Tretter war spurlos verschwunden. Mit dem Bewußtsein, den Christlichen ein klägliches Fiasko bereitet zu haben, verließen die Kollegen Vogthal. — Erwähnt sei noch, daß am 4. Februar in Vogthal eine Zahlstelle unseres Verbandes gegründet wurde. Die Christlichen waren uns mit ihrer Agitation sehr förderlich. Den Vogthaler Kollegen rufen wir nun zu: Mit uns Schulter an Schulter zu kämpfen.

Friedenhausen. Die Kollegen von Friedenhausen hielten am 28. Januar in der Restauration zum Fränkischen Hof eine Versammlung ab, in welcher Kollege Sebastian Sauer von Würzburg über das Thema sprach: Wie können wir die wirtschaftliche Lage der Steinarbeiter verbessern? Die Versammlung war zahlreich besucht. Es hatten sich auch einige unorganisierte Kollegen eingefunden, ebenfalls war der Geschäftsführer der Firma Eder u. Grohmann, M. Greßer, anwesend, welcher früher mit Sauer zusammen gearbeitet hatte. Es beschwerten sich viele Kollegen über Greßer. Dieser wollte sich verteidigen, brachte aber seine ungeschickten Neuherungen nicht an den Mann. Es waren sämtliche Kollegen damit einverstanden, am hiesigen Orte eine Zahlstelle zu gründen. Gewählt wurden Martin Merk als Vorsitzender, Johann Einz als Kassierer, Michael Weiglein als Schriftführer, Wendelin Sigmund und Jakob Weiglein als Revisoren.

Göttingen. Am 28. Januar tagte im Lokal des Herrn Achilles unsere übliche Monats-versammlung, welche sehr schlecht besucht war, weshalb die Tagesordnung auch nur zum Teil erledigt werden konnte. Zum 1. Punkt erstattete Kollege A. Vohs Bericht von den stattgefundenen Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu Göttingen. An drei Abenden haben Verhandlungen stattgefunden, um einen einheitlichen Arbeitsvertrag für das gesamte Baugewerbe abzuschließen. Redner erläuterte die einzelnen Punkte, und die Versammlung ist auch mit dem Arbeitsvertrage einverstanden bis auf Punkt 6, der die Lohnverhältnisse regelt. Gefordert wird unsererseits ein Minimalstundenlohn von 50 Pfg. Die übrigen Baugewerker, Maurer, Zimmerer und Dachdecker fordern 45 Pfg., also einen einheitlichen Tagelohn von 4.50 Mk. Der bisherige Lohn war 4 Mk. Es wurde nun seitens des Arbeitgeberverbandes folgendes Angebot gemacht: Bei Abschluß eines Arbeitsvertrages auf 1 Jahr keine Lohnerbhöhung, bei Abschluß auf 2 Jahre einen Tagelohn von 4.20 Mk. ab 1. April d. J. Also für uns 47 Pfg., für die übrigen Gewerkschaften 42 Pfg. pro Stunde. Da uns das Angebot nicht weitgehend genug war, erklärte der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes, sie würden auf keinen Fall über ihr Angebot hinausgehen und verlangte bis 12. Februar Bescheid, ob wir das annehmen. Wir werden uns mit diesem Punkt nochmals befassen. Zum 2. Punkt gab Kollege Klinge den Kassenbericht vom 4. Quartal bekannt. Alles befand sich in bester Ordnung. Als Delegierter zum Verbandstag wurde Kollege Vohs in Voranschlag gebracht. Wenn ein so wichtiger Punkt, wie Bericht der Lohnkommission, auf der Tagesordnung steht, sollte man annehmen, dürfte auch nicht ein Kollege der Versammlung fernbleiben. Aber hier in Göttingen trifft gerade das Gegenteil zu. Selbst der derzeitige Vorsitzende hielt es nicht einmal für notwendig, zu erscheinen. Der größte Teil der anwesenden Kollegen ist von den umliegenden Ortschaften gekommen, während die hier ansässigen, die kaum zehn Minuten vom Versammlungsort entfernt wohnen, mit großer Gleichgültigkeit der Versammlung fernbleiben. Gätte auf der Tagesordnung gestanden „Kriegervereinsball“, die Kollegen wären in Scharen herbeigeströmt. Aber hoffentlich werden auch die „Gleichgültigen“ bald zu dem Erkenntnis kommen, daß die Unternehmer nicht etwa aus Humanität in den letzten fünf Jahren den Lohn von 30 auf 47 Pfg. aufgebessert haben, sondern lediglich, weil sie eingesehen haben, daß auch die Arbeiter, wenn sie sich zusammenschließen, eine nicht zu vernachlässigende Macht vorstellen. Wollen wir nun unserer Macht auch Geltung verschaffen, wozu wir unter Umständen dieses Frühjahr gezwungen werden, so bedarf es vor allen Dingen der Einmütigkeit der Kollegen.

Reg. Am 21. Januar fand im neuen Saal des Herrn Ahlemann, Karlstraße 4, unsere diesjährige General-versammlung statt. Der Kassierer verlas die Abrechnung vom 4. Quartal, daran anschließend die Jahresabrechnung. Die Gesamteinnahme bis 1. Januar 1906 betrug 3094.65 Mark, die Ausgabe bis 1. Januar 2761.35 Mark; bleibt ein Kassenbestand von 333.30 Mark. Die Revisoren fanden Kasse und Bücher in Ordnung. Als 1. Vorsitzender wurde Kollege Schneider gewählt, als 2. Kollege Buch, als Kassierer Jakob Heib, als Schriftführer Kollege Feuerbach, als Revisoren Jakob May und Andreas Steinbach. Anschließend daran hielt Kollege Demmer einen Vortrag über das Realisationsrecht, wofür ihm von den Kollegen großer Beifall gesendet wurde. Zum Schluß der Versammlung ermählte der Vorsitzende, die Versammlungen besser zu besuchen und die Sachzeitung besser zu studieren. Im allgemeinen ist zu konstatieren, daß in Reg sich die Organisationsverhältnisse merklich gebessert haben. Besonders in der Verwaltung herrscht jetzt anerkanntswerte Ordnung. Wir haben aber noch sehr viel Kollegen dem Verbandszuge zuzuführen. Hoffentlich gelingt uns dieses demnächst. Wichtigstellen wollen wir an dieser Stelle, daß in der kürzlich stattgefundenen Versammlung als Referent nicht der christliche Sekretär Brendel, sondern ein Herr Görden referierte. Unseren Standpunkt vertritt der Gauleiter Kraft aus Mannheim.

Mittelsteine. Am 2. Februar tagte in der Villa Noba zu Mittelsteine eine öffentliche Steinarbeiter-versammlung, welche von Mittelsteine aus, wie gewöhnlich, sehr schlecht besucht war. Vom Platz Niggel war ein ganzer Mann anwesend, welcher noch dazu Polier ist. Gauleiter Lohse hielt ein glänzendes Referat über freie und christliche Gewerkschaften, wofür ihm lebhafter Beifall zuteil wurde. Vielen Kollegen kann es als Mahnung dienen, wie die Leute von den christlichen Gewerkschaften resp. katholischen Fachabteilungen genaschürt werden. Kollege Heinrich Bothe in Schlegel wurde als Kassierer neugewählt. Weiter wurde beschlossen, den Tarif zu kündigen, um einige Positionen verbessern zu können. Im Verschiedenen wurde Klage geführt wegen Entlassung einiger Kollegen bei der Firma Niggel. Dergleichen wurde den Kollegen ans Herz gelegt, dem Alkohol Valet zu fagen; wir brauchen wohl nicht anzuführen, warum.

Mühlbach am Glan. Am Sonntag, den 28. Januar, fand im Lokal Armbrust eine Versammlung der Steinarbeiter von Mühlbach und Umgebung statt. Kollege Max Arnold-Mannheim legte den Kollegen in längeren Ausführungen den Zweck der gewerkschaftlichen Berufsorganisationen ans Herz. An der Hand verschiedener Beispiele freiste Redner die Berufsgesellen, die gerade in den Hartfeinbrüchen so häufig vorkommen, da in Mühlbach bloß Hartfeinbrüche in Betracht kommen. Wie die Arbeitszeit und die Entlohnung in dieser Gegend ausfällt, spottet jeder Beschreibung. Kollege Arnold kam auf die Agitation der Christlichen zu sprechen und ermählte die Kollegen, den Ausführungen des Arbeiterführers Brendel kein Gehör zu schenken. Er erläuterte die Vorkommnisse von Kaiserslautern und Pirma-



fens, bei denen Brendel eine sehr eigenartige Rolle gespielt hat. Den Kollegen von Mühlbach, Altenglan, Rammelsbach und Umgebung sei noch ans Herz gelegt, einzutreten in den Zentralverband deutscher Steinarbeiter.

**Pirna.** Am 4. Februar fand im Gasthof zu Klein-Gemmersdorf eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt, die unter sehr erschwerenden Umständen zustande kam. Fand sich doch erst zur letzten Stunde ein Einberufer und dem wurde auch noch vom stellvertretenden Gemeindevorstand Angst insofern gemacht, daß er dadurch jedenfalls seine Arbeit verlieren könnte. Das zu verhüten, werden wir sorgen. Ueber Zweck und Nutzen der Organisation sprach Gauleiter Jahn. Er schilderte, wie man den Wert der Arbeit in frühesten Zeit erlarnie, wie sich daraus das Privateigentum entwickelte, daraus das Handwerk hervorging, das nun von unserm jetzt bestehenden Industriestaat aufgefaßt wird. Er kam dann auf die Gewerbesteuer zu sprechen und auf die Ausnahmefälle gegen die Arbeiter, die zwar 1890 aufgehoben wurden, denen aber ein erbitterter Kampf gegen die Organisationsbestrebungen der Arbeiter folgte, denen nur ein reger Zusammenschluß aller Arbeiter ein Ende bereiten kann. Lebhafter Beifall lohnte seine Ausführungen. In der Debatte kam der Vertrauensmann von Pirna auf die vorzunehmende Delegiertenwahl zu sprechen, daß jeder von seinem Wahlrecht Gebrauch mache. Weiter schilderte er den Besuch der deutschen Kaiserin und ihre Aeußerungen auf der Heimarbeiterausstellung in Berlin. In seinem Schlusssatz führte Kollege Jahn die bestehenden hohen Lebensmittelpreise an, daß es vielen nur möglich sei, Fleisch als Vederbissen zu betrachten, daß die Preise durch das Inkrafttreten der Zollvorlage noch höher werden, dem nur eine Erhöhung des Arbeitslohnes Ausgleich geben könne, warnt aber vor unüberlegten Maßnahmen. Hierauf erfolgte Schluß der von reichlich 40 Mann besuchten Versammlung. Daß es nicht die letzte ist, dafür werden alle Kollegen sorgen.

**Strehlen.** Am 11. Februar 1906 fand im Gasthause zur Heinrichsruh eine überfüllte Mitgliederversammlung statt. Ueber die Wahl des Delegierten zum Verbandstage war sich die Versammlung einig, den Kollegen Barta nach Nürnberg zu senden. Hierauf erfolgte die Wahl des Wahlkomitees. Darauf wurde die Wahl vorgenommen, welche für Kollegen Barta endgültig entschied. Die Versammlung war sich über das baldige Inkrafttreten der Rechtsschutzkommission einig und wünscht, vorläufig nur Verbandsmitgliedern Auskunft zu erteilen. Ueber die Maßregelung des Kollegen Barta und über die Kündigung des Kollegen Schmidt brach ein Entrüstungsturm los. Verschiedene Redner waren für eine Arbeitsniederlegung am Montag. Der Vorsitzende war aber gegenteiliger Meinung. Kollege Loose als Vertreter der Gauleitung riet ebenfalls von dem Plane der Arbeitsniederlegung ab und ermahnte die Kollegen zu größter Ruhe und warnte, nicht den provokatorischen Gelüsten der Unternehmer zu folgen. Aus der Mitte der Versammlung wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 11. Februar 1906 in Strehlen stattgefundene Steinarbeiterversammlung erklärt, die Anzeige, betr. Bundesratsverordnung gegen die Firma Schall, ist mit Recht erfolgt. Die Versammlung protestiert gegen die Entlassung des Kollegen Barta und die angeforderte Entlassung des Kollegen Schmidt. Die Steinarbeiter fordern die Einstellung beider, resp. Weiterbeschäftigung der Kollegen. Sollte die Firma Schall sich weigern, unsere gerechten Forderungen zu erfüllen, so werden wir uns weiteres für die Zukunft vorbehalten. Im Punkt Verschiedenes machte der Vorsitzende auf das Inkrafttreten unserer Krankenzuschüsse im März aufmerksam. Zur Regelung der Streitigkeiten im Betriebe bei Schall wurde ein Ausschuß von drei Mitgliedern gewählt. Um späteren Maßregelungen vorzubeugen, sind Beschwerden an die Polizeibehörde und Gewerbeinspektion nicht mehr an den Lokalvorstand, sondern an die Gauleitung zu machen. Nach einem kräftigen Schlußwort der Kollegen Barta und Loose, die beide stürmischen Beifall ernteten, wurde die Versammlung geschlossen.“

Es ist unabwiesbare Pflicht eines jeden Mitgliedes, in jeder Versammlung zu erscheinen. Als Entschuldigung gilt nur Krankheit oder andere wichtige Vorkommnisse.

### Sit die Beschäftigung von Steinhauerarbeitern außerhalb der Betriebsstätte auf deren gesetzliche Arbeitszeit in Anrechnung zu bringen?

(Eigen-Vericht.)

Nach § 9 der Bundesratsverordnung vom 20. März 1902 dürfen Steinhauer auf Sandstein nicht über 9 Stunden am Tage beschäftigt werden. Die Frage, ob auf diese gesetzlich festgelegte Arbeitszeit von 9 Stunden auch die Zeit in Anrechnung kommt, während welcher der Arbeiter außerhalb der Betriebsstätte beschäftigt worden ist, hat der Straffenat des Kölner Oberlandesgerichts im Gegenfatz zu der Vorinstanz in einem am 3. Februar d. J. getroffenen Entscheidung in folgendem Falle bejaht: Ein Steinhauermeister zu Püttlingen hatte die Arbeitszeit seiner Arbeiter, wenn sie nicht den ganzen Tag in der Steinhauerei, sondern teilweise auf dem Friedhofe beim Aufstellen von Grabdenkmälern u. dergl. beschäftigt waren, in der Weise geregelt, daß er 9 Stunden Steinhauerarbeiten gleich 11 Stunden sonstiger Arbeiten rechnete, so daß ein Arbeiter, der nur einen Teil des Tages in der Steinhauerei beschäftigt war, mehr als neun Stunden den Tag arbeitete. Die Behörde erblickte in dieser Regelung der Arbeitszeit eine Uebertretung gegen die erwähnte Bundesratsverordnung und veranlaßte deshalb, daß gegen den betr. Steinhauermeister Anklage erhoben wurde. Während das Schöffengericht den Angeklagten verurteilte, erkannte die Strafkammer des Landgerichts zu Saarbrücken auf Freisprechung. Sie erachtete die von dem Angeklagten getroffene Arbeitsregelung für zulässig, weil nach § 9 Abs. 2 der Bundesratsverordnung eine über 9 Stunden dauernde Arbeitszeit nur für solche Arbeiter verboten sei, die in Steinbrüchen und Steinhauereien, also nicht außerhalb derselben beschäftigt werden. Der Straffenat des Kölner Oberlandesgerichts hob durch eingangs genannte Entscheidung das Urteil der Strafkammer auf und wies die Sache an die Vorinstanz zurück. Er führt zur Begründung dieser Entscheidung im wesentlichen folgendes aus: Die am Wortlaute haftende Auslegung der Strafkammer widerspricht dem Sinne der Bundesratsverordnung, weil deren Zweck dahin geht, die Arbeitszeit der in Steinbrüchen und Steinhauereien beschäftigten Arbeiter wegen der mit dieser Beschäftigung verbundenen Anstrengungen und Gesundheitsgefährdung im allgemeinen auf ein bestimmtes tägliches Maß zu beschränken und daher anzunehmen ist, daß durch die Bestimmung des § 9 Abs. 2 die Dauer der Beschäftigung von Steinhauerarbeitern überhaupt, d. h. auch für den Fall, daß sie einen Teil des Tages außerhalb der gewöhnlichen Betriebsstätte mit andern Arbeiten beschäftigt werden, auf 9 Stunden beschränkt werden soll. Aber selbst wenn man nach dem Wortlaute des § 9 urteilen wollte, wäre die Absicht des Vorberichters richtig, denn die Tätigkeit der Arbeiter auf dem Friedhofe stelle sich als Beschäftigung in der Steinhauerei dar, da unter Steinhauerei im Sinne des § 9 nicht nur die gewöhnliche Betriebsstätte, derselben, sondern die Steinhauerarbeiten im ganzen zu verstehen sind.

### Rundschau.

**Die blauen Lappen.** Der Steinbruchbesitzer M. kam am 8. November v. J. nach Leipzig, wo er unter andern Sehenswürdigkeiten auch das Schuhmachergäßchen in Augenschein nahm. M. besuchte eine lebende Venusstatue, und dabei soll die ihn bezaubernde Venusgöttin A. seine Brieftasche mit mehreren

tausend Mark Inhalt auf Nimmerwiedersehen weggezaubert haben. Die liebesspendende R. wurde unter Anklage gestellt. Ihre Kunst definierte der Staatsanwalt in der Landgerichtsverhandlung am 8. Februar zu Leipzig als Diebstahl. Da aber der nach Liebe dürstende Steinbruchbesitzer M. nach seinem Weggange von der reizenden R. noch etliche Lokale, wo er von garter Hand bedient wurde, aufsuchte und M. auch dort noch Liebe suchte, so konnte nicht festgestellt werden, wo er seine blauen Papierchen losgeworden ist. Mithin mußte die R. freigesprochen werden. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Ob der Steinbruchbesitzer M. nach der gemachten Erfahrung, wenn er wieder nach Leipzig kommt, dem Schuhmachergäßchen einen Besuch abstattet, dürfte sehr zweifelhaft sein.

**Der Zimmererverband** hat im Jahre 1905 in 376 Zahlstellen mit zusammen 83.694 Mitgliedern durch Lohnbewegungen und Streiks Lohnaufbesserungen erzielt, und zwar in:

49 Zahlstellen mit 2481 Mitgliedern um 1 Wg. pro Stunde	1 1/2 "	2 "	2 1/2 "	3 "	3 1/2 "	4 "	4 1/2 "	5 "	6 "	6 1/2 "	7 "	7 1/2 "
4	97	9587	4382	10868	289	1787	28	4028	817	8	885	87

In 80 Zahlstellen mit zusammen 4796 Mitgliedern wurde außerdem die Arbeitszeit verkürzt, und zwar in 2 Zahlstellen mit 109 Mitgliedern um 1/4 Stunde täglich

47	8756	1	1
31	931	1	1

Diese Zahlen sind eine verständliche Antwort auf das öde Geschimpf über „vergeudete Arbeitergroschen“.

**Limburg a. d. Lahn.** In einem Steinbruch bei Kartal verunglückten kürzlich durch herabstürzende Gestein drei Arbeiter. Zwei sind tot, der dritte lebensgefährlich verletzt.

**Reichenbach (Odenwald).** Am 7. Februar verunglückte Kollege Fr. Moosmüller dadurch, daß eine aufzustellende Platte umfiel und M. den linken Fuß abschlug. Moosmüller war als Kandidat zum Verbandstag in Nürnberg aufgestellt.

### Adressen der ausländischen Landesorganisationen.

- Oesterreich.** Steinarbeitersekretariat, Schmalzhofstrasse 17, Wien VI.
- Böhmen (Oesterr.).** Redakce Stavebnik, Pstrossowa 22, Prag.
- Nahresina (Oesterreich).** Direzione dell'Unione Scalpellini, Nahr-sina.
- Frankreich.** Bourse du Travail, Clermont Fd.
- Belgien.** Mons. Lalemand, Fédération tailleurs de pierre, Maison du Peuple, Bruxelles.
- Holland.** H. Vogel, Stenhouwer Verband, Borgerstraat 151, Amsterdam.
- Schweiz.** Rob. Kolb, Elisabethastrasse 28, Zürich.
- Italien.** Federazione Edilizia, Corso Sicaardi 12, Torino.
- Carrara.** Federazione Marmista, Carrara (Italia).
- Ungarn.** Steinarbeiterverband, Ovodautca 9, Budapest.
- Serbien.** Herrn Ranko Ziwstowil, Bauarbeiterverband, Belgrad.
- Dänemark.** H. Jakobsen, Formand, Freundsgade 15, Köbenhavn.
- Schweden.** Svens Stenhuggarensförbund, Hahnsstad.
- Norwegen.** Norks Stenarbeiderenförbund, Fredrikshald.
- Spanien.** Federacion Espanola de Trabajadores en piedra Hipolito villa nueva, Place tre Bilards 39, Bilbao.
- England.** W. Hanroock, Stone cutter, Johnstreet 28, Bredford Row, London W. C.
- Schottland.** Stoneworker Journal, Woodside, Aberdeen.
- Amerika (Marmor.)** International Association Marble Workers, Mrs. James Fitzgerald, 500 Eaststreet, New York, City N. Y. — (Granit.) Granit Cutter Union, Mrs. James Duncan, Quincy, Mass. — (Steinhauer.) Stone Cutter Union, Mrs. James Mc. Hugh, 805 Fifthstreet N. W., Washington D. C.
- Australien.** John Grand, Secretary Stonemasans, 300 Trafalgar-Street, Annandale, Sydney N. S. W.
- Tunis (Afrika).** Dott. Nicolo Converti, rue de Marseilles prolongere, Tunis.

### Bekanntmachungen der Vertrauensleute.

**Berlin I.** Das Mitgliedsbuch Nr. 1022, lautend auf Mich. Scheibner, ist nicht auffindbar; es ist jedenfalls gestohlen. Die Kassierer und Vertrauensleute werden ersucht, dasselbe anzuhalten und nach hier einzusenden.

D. Hantsche, Kolontestraße 129.

**Bremen I.** Ersuche die Vertrauensleute um Angabe der Adresse des Kollegen Andreas Heim aus Oshensfurt, geb 1882, zwecks Zeugenaussage in Sachen der Kollegen Jesau kontra Schmidt, Delmenborst. Bitte die Adresse so schnell wie möglich einzusenden Adolf Scherrer, Vorsitzender, Kirchweg 49.

**Dessau.** Der Steinmetz Ignaz Thoma, geb. 10. Febr. 1885 zu Hoflas in Böhmen (Buch Nr. 30320), ist laut Statut aus dem Verband ausgeschlossen worden, weil er mit 18 Wochenbeiträgen im Rückstande ist und auch keine Zahlungen leistet.

Wilh. Fuge, Kassierer.

**Neustadt a. d. Hardt.** Die Kassierer allerorts werden gebeten, mir unverzüglich die Adresse des Kollegen Joh. Horbach, geb. 20. März 1889 (Buch Nr. 86690), zukommen zu lassen wegen häuslicher Verhältnisse.

W. Kaiser, Stangenbrunnenstraße 5.

### Adressen-Änderungen.

(Bei der Einsendung von Adressenänderungen müssen wir bringen um deutliche Schrift bitten.)

- Erfurt.** Kassierer: Otto Reisinger, Johannesstraße 68.
- Ludwigshafen I.** Vorsitzender: Heinrich Reimfrank, Welferstraße 5.
- Markttheuern.** (Neue Zahlstelle im 15. Gau). Vorsitzender: Karl Furucker, Kassierer: Georg Fenker.
- Plauen.** Vorsitzender: Otto Arzt, Fichtestraße 5. Kassierer: Karl Schwarzott, Meißbacher Straße 23.
- Wilmars.** Vorsitzender: Joseph Arthen. Kassierer: Anton Arthen.

### Quittung.

Eingegangene Gelder vom 5. bis mit 10. Februar 1906. (Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, D. = Delegiertensteuermarken, Ers. = Erlösmarken, Z. = Zeitungsmarken, St. = Stempel, H. = Hauptbuch, G. = Gesetzbücher, Br. = Brotschüre, F. = Farbkissen, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate.)

- Hamburg I, B. 119.93, D. 4.75, Z. 21.50; Riesa, B. 128.—; Mittweida B. 168.—; Förstel, B. 5.76, E. 2.50, D. 2.50, Z. 5.—; Witzge, B. 9.76, D. 0.50, Z. 2.—; Leopoldsthal, B. 6.82, E. 0.50, D. 0.50, G. 1.15; Freising, B. 6.—; Fallersleben, B. 8.45; Lindow, B. 3.80; Königsberg, B. 3.70; Hienburg, B. 4.90; Köstlin, B. 1.90; Rostock, B. 123.—; Wunsiedel, B. 68.88; Sirlegau, B. 590.—; E. 20.50, D. 2.—, Z. 7.50, Hauptbücher 4.—, Ab. 1.20, Ins. 1.50; Scharfendorfer, B. 24.—, E. 0.50, D. 0.25; Langensalza, B. 96.—; Grimma, B. 56.—, E. 4.—, D. 2.25; Mittelsteine, B. 100.—, E. 15.—, Ins. 1.20; Langensalza, B. 72.—, E. 1.—, D. 3.75; Reimen, B. 32.—; Alagen, B. 8.40; Crawinkel, B. 32.—; Hass-

rode, B. 160.—, D. 28.50; Lehrte, B. 11.20; Oshensbach, B. 5.20, E. 2.50; Rostock (Seper), B. 3.10; Nürnberg 128.—; Kaiserlautern, B. 84.—, Ers. 1.25; Emden, B. 2.80; Cöthen, B. 2.35; Sonderhausen (Göbe), B. 9.—; Hamburg II, B. 160.—; Aue, B. 112.—; Wolgast, B. 32.—; Wasinghausen, B. 8.80, E. 1.—; Würzburg, B. 86.80; Niederlants, B. 72.—, E. 10.—, D. 2.50; Markttheuern, B. 4.80, E. 8.—; Kirchberg, E. 3.—, D. 15.—; Dortmund, B. 64.—, E. 4.—, D. 1.75, Z. 7.—, Futterale 0.70.

Subwig Geiß, Kassierer.

### Briefkasten.

**Neustadt.** Wissen wir nicht. — **Berlin, Hantsche.** Wende Dich wegen der Nr. 15 des Korrespondenzblattes an die General-Kommission. Die übrigen habe ich abgehandelt. Der von Dir angelegene Veranlassungsbericht steht ja in dieser Nummer. Der ist natürlich interessanter wie der letzthin abgelehnte. Wenn es in einem Bericht gegen die Angelegten geht, so sind wir selbstredend immer so loyal, ihn auch zu veröffentlichen. Sonst aber besten Gruß. Karte mit den Initialen aller Delegierten von Stettin erhalten. — **Kadwitz, M.** Wird nächstens bestimmt veröffentlicht. Besten Gruß an alle. — **Oshensbach.** Würde Kollege Balz als Kandidat genannt worden sein, so wäre sein Name auch veröffentlicht worden. Wenn eine Zahlstelle sich nicht an der Wahl beteiligt, können wir auch nichts ändern. — **Bremen.** Werde diesen Vortrag später veröffentlichen. — **Crawinkel, München, Mühlhausen i. T.** Diese Berichte wurden abgelehnt; wo sollen sie denn alle untergebracht werden?

**Der Expedition dieses Blattes** wurden umfänglich über vier Bilder von Kiehnert und Bebel mit der Bitte um Verkauf übermittelt. Die Bilder haben eine Größe von 50 mal 36 cm und bilden einen äußerst schönen Wandstuck. Der Preis 3 Mark pro Bild ist ungemein billig. Restekantanten mögen der Expedition ihre Bestellung und den Betrag im voraus einleihen.

### Anzeigen.

**Zwei Sägegatter u. versch. Steinbearbeitungsmaschinen** gut erhalten, sind zu verkaufen. Anfragen erbeten sub. O. K. 157 an Haafenstein & Vogler, A.-G., Magdeburg.



Am 14. Januar starb unser Kollege **Franz Pohl** im Alter von 82 Jahren an der Verusfrankheit.

Am 31. Januar starb unser Kollege **Heinrich Rother** im Alter von 26 Jahren an der Verusfrankheit. Ehre ihrem Andenken! [2.25] Zahlstelle Mittelsteine.

Am 28. Januar starb in seiner Heimat Erding in Oberbayern nach langem Leiden unser Kollege **Jakob Hirschpointhner** im Alter von 27 1/2 Jahren an der Lungen- und Nierenkrankheit. Ehre seinem Andenken! [1.50] Zahlstelle München.

Am 30. Januar starb nach vierwöchigem Krankenlager im Krankenhaus zu Böbneck unser Kollege **Bernhard Scholten** im Alter von 88 Jahren an der Verusfrankheit. Ehre seinem Andenken! [1.50] Zahlstelle Langensalza.

Anfang Februar 1906 starb unser Kollege **Michael Reissmann** im Alter von 27 Jahren an der Verusfrankheit. Ehre seinem Andenken! [1.85] Zahlstelle Berlin I.

Am 2. Februar verschied in Heimbad nach einjähriger Krankheitsdauer der Kollege **Emil Eschger** im Alter von 37 Jahren an der Verusfrankheit. Möge demselben die Erde leicht sein! [1.50] Sein Freund und Kollege G. Ziegler in Freiburg.

Am 4. Februar 1906 starb unser Kollege **Theodor Stern** im Alter von 20 Jahren 17 Tagen infolge Blutsturzes. Ehre seinem Andenken! [1.35] Zahlstelle Alfens.

Am 7. Februar starb nach langem Krankenlager unser Kollege **Anton Spalteholz** im Alter von 34 Jahren an der Verusfrankheit. Ehre seinem Andenken! [1.50] Zahlstelle Riesa.

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig. Verlag von Paul Starke in Leipzig. Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.



# Beilage zum „Steinarbeiter“.

Nr. 7.

Freitag, den 17. Februar 1906.

10. Jahrgang

## Wirtschaftliche Rundschau.

Wiederherabsetzung des Reichsbankdiskonts — Kleinere Banknoten und Verbesserung der deutschen Zahlungsmethoden (Scheck) — Spartassengelder und Reichs- und Staatsanleihen — Statistik der Lebensmittelpreise — Teuerungszulagen des Kapitals.

Die Reichsbank hat am 18. Januar ihren Diskont wieder um 1 Prozent (von 6 auf 5 Prozent) herabgesetzt, da der Verkehr, nach den starken Zahlungsmitteln des Jahresendes, wie gewöhnlich große Geldmengen in die Bank zurückfließen ließ. Nach dem Ausweis vom 6. Januar war die Bank noch immer mit einem erheblichen Betrage in der Notensteuer (mit 152,7 Millionen Mark); dagegen verfügte sie am 15. Januar bereits wieder über eine steuerfreie Notenreserve von 77,6 Millionen Mark, am 23. Januar über eine Reserve von 209,7 Millionen Mark. Die Anspannung der Bank ist aber immer noch wesentlich größer wie im vorigen Jahre, so daß der Werteverfall des Reichsbankkapitals vorläufig nur die schärfsten und unerträglichsten Spitzen abgebrochen sind.

Eine etwas freiere Bewegung und eine gewisse Verstärkung ihres Metallbestandes erhofft die Bankleitung bekanntlich von dem Werteverfall, die Ausgabe kleinerer Banknoten (von 50 und 20 M.) betreffend, während bisher Banknoten auf Beträge von weniger als 100 M. nicht ausgestellt werden durften und die umlaufenden „Reichsbankscheine“ von 5, 20 und 50 M. auf einen bestimmten Gesamtbetrag (zuletzt 120 Millionen Mark) beschränkt blieben. Da natürlich die neuen kleinen Noten gleichfalls die gewöhnliche, gefällig borgeführte Bedienung finden sollen, so mag der metallische Grundcharakter des deutschen Geldumlaufs von dem neuen Vorschlag nicht allzu tief beeinflusst werden und im wesentlichen nur die Bankleitung eine größere Elastizität gewinnen, indem sie für Wertverfallszwecke Metall und Papier freier nach ihren Bedürfnissen einsetzen, vermehren oder vermindern kann. Immerhin hat die stärkere Gewöhnung des alltäglichen Kleinverkehrs an „Zettelgeld“ ihre Schattenseiten und Bedenken, so daß das Schicksal des Entwurfs im Reichstage noch immer unsicher ist — im Vorjahre blieb der Entwurf unerledigt liegen.

Um so lebhafter gefaltet sich, mit vollem Rechte, von neuem die Erörterung verbesserter, metallsparender Zahlungsmethoden wie des Scheckverkehrs (der Zahlung durch Anweisung auf ein bestehendes Bankguthaben, in Oesterreich sogar durch Ab- und Zuschreibungen bei den Postspartassen). Zweifellos hat hier das deutsche Geschäftsleben noch vieles nachzuholen und jeder Fortschritt auf diesem Gebiete würde Metallgeld, das bisher im gewöhnlichen Umlauf gebunden war, freisetzen und den Banken zugänglicher machen. Möglich, daß die empfindliche dauernde Höhe des deutschen Bankzinsfußes manche Verbesserungen in dem üblichen geschäftlichen Zahlungsverfahren erzwingt und beschleunigt.

Nicht unbeachtet sollte man ferner den Vorschlag der preussischen Regierung lassen: die öffentlichen Spartassen zu zwingen, von ihrem derzeitig angelegten Vermögen mindestens 30 Prozent in mindersicheren Inhaberpapieren, und zwar wenigstens die Hälfte davon in Reichs- und Staatsanleihen anzulegen. Es soll dadurch der allzu weitgehenden Ausleihung der Spartassengelder auf Hypotheken vorgebeugt und zugleich den Reichs- und Staatsanleihen ein besserer Kurs verschafft werden — besser, weil der Markt, die Nachfrage für die Staatspapiere sich ausdehnt — ruhiger, weil die Papiere mehr in feste Hände gelangen. Als Spartassenspenden kann das den Arbeitern recht oder doch gleichgültig sein. Als Steuerzahler leiden die Arbeiter sogar, wenigstens heute, wo Ausgaben und Einnahmen über ihre Köpfe hinweg in Reich und Staat beschloffen werden, unter der schlechten Unterbringung der öffentlichen Anleihen: die Kursverluste und die allzu hohen Zinsaufwände müssen sie durch verhältnismäßige Mehrleistungen an Steuern mit ausgleichen helfen. Endlich kommen die Arbeiter noch in einer dritten Beziehung in Betracht: als Besitzer von Staatspapieren, vor allem in ihren großen Versicherungs- und Gewerkschaftsorganisationen, deren Vermögens- und Kassenbestände heute schon enorme sind und mit der Zeit immer mehr anschwellen müssen. Hier brauchte an sich die Höhe des Zinsfußes schließlich keine Rolle zu spielen: müßte man bei augenblicklich größerem Geldbedarf ein Anlagepapier zu niedrigem Kurse abstoßen, so hätte man umgekehrt das Papier vorher entsprechend billiger erworben, als man die zeitweilig überflüssigen Geldbestände in Staatswerten anlegte. Für die englischen Kassen und Trade Unions haben wir zum Teil genaue Statistiken, zum Teil genügende Anhalte, wie man die verfügbaren Gelder und Vermögensbestände unterzubringen pflegt. In Deutschland mit seiner unklaren und unentwickelten Rechtsstellung der Arbeiter-Berufsvereine tappen wir, meines Wissens, auf diesem Gebiete noch sehr im Dunkeln der Verschiedenheit und des Geheimnisses herum. Soweit jedoch auch hier Vermögen und Einnahmen periodisch ihren Umschlag aus Geld in Staatspapieren, und später wieder aus Staatspapieren in Geld vollziehen, haben die Arbeiter ein Interesse an möglichst festem Kurse. Wir rühmten uns wohl früher einmal im Reichstage, wie die Parteikasse an den Kursschwankungen der Reichsanleihen — durch Erwerb bei niedrigem Kurse, durch Verkauf oder doch jederzeit möglichen Verkauf bei hoher Notierung — gewonnen habe; aber ebenso leicht und ebenso oft kann das Umgekehrte eintreffen und zu Verlusten führen; die Stabilität wäre deshalb für solche Zwecke das wünschenswerteste. Man kann also dem preussischen Vorgehen ohne Erregung und mit Aufmerksamkeit auch von unserer Seite folgen. Besondere Erwartungen braucht man jedoch gleichfalls nicht zu hegen; so lange die heute herrschende Politik Schulden auf Schulden häuft, wird die Aufnahmefähigkeit des Marktes hinter den Anforderungen der Reichsfinanzsekretäre und Staatsfinanzminister zurückbleiben. Die größere Nachfrage seitens der Spartassen bedeuft da nur einen Tropfen auf einen heißen Stein. Die Kursschwankungen (bei der Prozentigen Reichsanleihe zwischen 100,30 im Jahre 1895 und 82,75 im Jahre 1891, bei der 3½-prozentigen Reichsanleihe zwischen 92,75 im Jahre 1900 und 105,70 im Jahre 1896) werden sich kaum besonders verringern.

Daß der Preisstand aller wichtigsten pflanzlichen und tierischen Lebensmittel im Jahre 1905 ein außerordentlich hoher war, geht selbst der Reichsanzeiger (bzw. die preussisch-amtliche Statistische Korrespondenz) unumwunden ein. Es heißt da für ganz Preußen wörtlich: „Die Durchschnittspreise des Jahres 1905 zeigten im Vergleich mit denen des Jahres 1904 bei allen Verpflegungsmitteln, mit Ausnahme der Kartoffeln und des Weizenmehls, in der Mehrzahl erhebliche Preissteigerungen. Die Preise für Roggen, Gerste und Hafer sind auf allen Märkten, ausgenommen Nachen bei der Geste, zum Teil recht erheblich gestiegen, während für Weizen hauptsächlich nur in Westfalen (das sind aber doch gerade die zentralbedürftigen industriellen Bezirke) höhere Preise zu zahlen waren, wogegen in den östlichen Provinzen auch mehrfach Preisrückgänge zu verzeichnen sind. Von den verschiedenen Fleischsorten erfuhr das Schweinefleisch die bedeutendste Preissteigerung. Sie beträgt in Breslau 39, in Görlitz 34, in Kiel 31, in Koblenz 30, in Danzig und Halle a. S. 29, in Hanau 27, in Hannover und Nachen 26, in Köslin, Bromberg, Frankfurt a. O. und Neuz 25, in Königsberg i. Pr. und Berlin 23, in Posen und Stettin 22, in Paffel 20, in Gleiwitz 19, in Straßburg 18, in Osnabrück 17, in Magde-

burg 16, in Paderborn; 13 und in Trier 12 Pfg. Eine Uebersicht der Preisbewegung der verschiedenen Fleischsorten in den letzten 10 Jahren zeigt, daß im Durchschnitt 1 Kilogramm

Kalenderjahr	Rindfleisch (Keule)	Schweinefleisch (Bauch)	Kalb- fleisch	Lamm- fleisch
1905	151	129	156	148
1904	143	121	132	141
1903	142	121	139	140
1902	140	119	150	133
1901	138	118	141	131
1900	136	116	132	130
1899	135	115	134	128
1898	135	116	139	127
1897	134	113	132	125
1896	134	113	122	122

„Pfeunige Leste.“ So der Reichsanzeiger selber. Alle angeführten Fleischsorten haben, seit zehn Jahren, zuletzt ihren Höchstpreis erreicht, und diese Wertverwertung des Lebensunterhalts ist für die Arbeiter um so empfindlicher, als ihr schon zwei bis drei Jahre verhältnismäßig hohen Preisstandes der Fleischnahrung vorangegangen waren — Jahre, in denen zum Teil noch die Krisis den Lohn brühte, während selbst heute noch immer den Arbeitern der Lohnkampf, zum Ausgleich der Konsumverteuerung, erschwert und illusorisch gemacht wird.

Zum Froste mögen sich die Arbeiter dienen lassen, daß das Kapital mit seinen „Teuerungszuschlägen“ um so mehr Erfolg hat. Es bürgert sich nämlich im Geschäftsleben immer mehr die Praxis ein, den weniger sympathieerweckenden Ausdruck „Preissteigerung“ zu vermeiden; man weiß lieber auf die gesteigerten Auslagen hin und fordert weiter nichts wie „Teuerungszuschläge“. „Die Industrie“, heißt es neben in einer Vorlesung, „steht gegenwärtig in diesem Zeichen. Preissteigerungen dieser Art sind neuerdings wiederholt aus einer ganzen Reihe von Produktionszweigen, so aus der Leder-, der Wappens- und besonders der Elektrizitätsindustrie, gemeldet worden. In der Elektrizitätsindustrie, deren Produktion durch die Rekordpreise für Kupfer und Blei stark getroffen wird, begannen die Teuerungszuschläge mit einer 10prozentigen Preissteigerung für Fabrikate der Schwachstromabteilungen. Ihm folgte ein ebenso hoher für Starkstromfabrikate, der neuerdings um weitere 5 Prozent heraufgesetzt worden ist. Dieser Begriff des Teuerungszuschlags bedeutet eine Bereicherung der wirtschaftlichen Terminologie. Bisher war in Verbindung mit dem Worte Teuerung mehr von Zulagen für Arbeiter und Beamte die Rede gewesen. Nimmere wird in diesem Zusammenhang auch von Zuschlägen auf Fabrikate gesprochen. Die Preissteigerung erweist leicht den Einbruch einer willkürlichen Inflation, die nicht durch die Wertverwertung der Produktion verursacht wird. Der neugewählte Ausdruck bringt den Grund der Preissteigerung unabweisend zum Ausdruck. Zugleich liegt in dem Begriff Teuerungszuschlag ausgedrückt, daß seine Urheber nicht weitere Herausforderungen, sondern im Gegenteil die Befestigung der Zuschläge wünschen, wenn erst die Produktion von der Teuerung befreit ist, die zu den Zuschlägen Anlaß gegeben hat.“ Man sieht, es kann dem Kapital niemals fehlen. Erregt die „Preissteigerung“ Anstoß, so geht die „Teuerungszulage“ um so leichter ein. Daß sie freilich gewöhnlich etwas reichlicher ausfällt, als zum bloßen Ausgleich der gestiegenen Produktionskosten nötig ist, beweisen die überall steigenden Profite und Dividenden. Endlich wird die vorübergehende Erscheinung meist zur dauernden; von der „gewünschten“ Wiederbefestigung hat man kaum je etwas gehört. Vielleicht sündigt man sich mit Lohn-erhöhungen „Teuerungszulagen“ sagen!

Berlin, Februar 1906. Max Schippel.

## Unterstützungs-Einrichtungen.

Einer der wichtigsten Punkte auf unserm demnächst stattfindenden Verbandstage ist unbestritten die geplante Einführung von Unterstützungs-Einrichtungen. Soweit die einzelnen Zahlstellen in ihren Versammlungen sich damit beschäftigt und die Anträge dem Vorstande übermitteln haben, ist die Mehrzahl für Krankenzuschuß resp. Sterbeunterstützung im Sinne der Vorlage des Zentralvorstandes. Auch die Mehrzahl der bisher stattgefundenen Konferenzen hat sich in zum Teil demselben Sinne geäußert resp. Anträge gestellt. Selbst dort, wo lokale Einrichtungen dieser Art bestehen, die mit demselben Beitrag mehr leisten, als wie es der Entwurf in Nr. 51 des Steinarbeiters, 1905, vorgesehen, sieht man ein, daß eine Zentralisierung der bestehenden Krankenzuschüsse und Ausdehnung dieser für alle Mitglieder ein Vorteil ist. Zur Aufbringung der Mittel für die örtliche Einrichtung werden nicht nur die ortsnahen, sondern auch die unbeständig am Ort arbeitenden Kollegen herangezogen. Letztere kommen aber sehr selten in den Bezug des Zuschusses, für den sie steuern, weil stets eine Karenzzeit festgesetzt ist. Bei der Abreise erlischt meistens jedes Anrecht, auch wenn schließlich die Karenzzeit erfüllt ist. Dieses liegt wohl in der örtlichen Einrichtung begründet und ist, vom finanziellen Standpunkte aus betrachtet, wohl schwer zu umgehen. Dieses sind aber Härten für die reisenden Kollegen, welche allein schon ein gewichtiges Moment sind, um für eine Zentralisierung der Krankenzuschüsse einzutreten, ohne die übrigen Vorteile eines Zuschusses in Krankheitsfällen zu verkennen. Sagen doch selbst Vorstände der Zahlstellen, daß ihre örtliche Krankenzuschüsse sich nur auf diesem Wege existenzfähig hält. In den Nummern 85 und 86 unseres Organs, Jahrgang 1905, ersuchte der Zentralvorstand die Zahlstellen, welche Krankenzuschüsse leisten bzw. an einer Zuschußkasse beteiligt sind, ihre Satzungen und Abrechnungen usw. einzusenden. Von circa 40 Orten sind nur 22 diesem nachgekommen. Dieses Material, von einigen Ausnahmen abgesehen, ist aber so mangelhaft, daß es beim Aufbau unserer Vorlage gar nicht in Betracht kommen konnte. Auch die Beteiligung der Zahlstellen ist beschränkt. Es ist dies eine typische Erscheinung, wie bei allen Vorstandsbekanntmachungen.

Es soll in einem kurzen Uebersicht einiges über die örtlichen Einrichtungen nach ihrem Statut angeführt werden. Von den 22 beteiligten betrafen 4 direkte Zuschußstellen, welche auch auf andere Arbeiter ausgedehnt sind. Diese scheiden hier aus. Einige dieser sogenannten örtlichen Statuten sind sehr widerspruchsvoll und können als Kuriosum bezeichnet werden. Von einer Kritik dieser Bestimmungen hat man jedoch noch nie etwas gehört; nur, es ist ja nicht vom Zentralvorstand. Des beschränkten Raumes wegen müssen wir uns verlagern, diese anzuführen.

Obligatorisch sind von 18 Einrichtungen 17. Die Karenzzeit seit Einführung bis zum Inkrafttreten der Unterstützung war in 2 Orten keine, nur war hier die Bestimmung, daß die Beanspruchenden mindestens 2 Jahre der Organisation angehören müssen. In 6 Orten betrug die Frist 9—13 Wochen, in 7 Orten ein halbes Jahr und in 2 Orten 1 Jahr. Der Beitrag schwankt zwischen 5—25 Pfg. pro Woche. Dementsprechend auch die Leistung von 2—10,40 Mark. Der Zuschuß wird vom ersten Tage der Krankheit an in 3 Zahlstellen, vom 4. Tage an in einem Ort, von der 2. Woche ab in 5 Orten, von der 3. Woche ab in 3 Orten, von der 4. Woche ab in einem Ort, von der 7. bzw. 8. Woche in 2 Orten, von der 14. bzw. 20. Woche ebenfalls in 2 Orten geleistet. In einer Zahlstelle tritt der Zuschuß erst in Kraft, wenn

die Unterstützung der Krankenkasse abgelaufen ist. Die Dauer obiger Unterstützung schwankt in den Zahlstellen von 6 bis 26 Wochen, ja in einem Orte sogar bis zur Dauer der Krankheit. Die Höchstfälle, welche beim Krankheitsfall bezogen werden können, variieren von 12—156 Mark. In 2 Orten mußten Extrazusteuern erhoben werden, damit den Ansprüchen genügt werden konnte, in einem andern wurde aus diesem Grunde der wöchentliche Beitrag von 10 auf 15 Pfg. erhöht. Die Karenzzeit für Zureisende betrug in 2 Orten 9 bzw. 10 Wochen, in 5 Orten ¼ Jahr, in 7 Orten ½ Jahr, in einem Orte, wenn der Zureisende an dem vorhergehenden Orte zu einer Zuschußkasse gesteuert, keine Karenzzeit. (Dieses macht dem Gefühl alle Ehre, ist aber eine gefährliche Bestimmung für die Kasse.) Bei Abreise erlischt der Anspruch sofort in 6 Orten. In einem Ort hat der Abreisende so lange Anspruch, bis er bei einer andern örtlichen Krankenkasse bezugsberechtigt ist. In 2 Orten dauert die Bezugsberechtigung 10 respektive 13 Wochen nach der Abreise. In einem andern kann durch Weiterzahlung der Anspruch gemehrt werden. Die noch übrig bleibenden Statuten geben darüber keinen Aufschluß.

Ueber die Zahl der Unterstützten ist nur von wenigen Zahlstellen berichtet, ebenso über den Kassenbestand. Nur drei Zahlstellen haben hierüber Angaben gemacht. Einzelne örtliche Einrichtungen balancieren ganz gut. Doch die Mehrzahl dieser Krankenzuschüsse steht finanziell sehr mäßig. Wie aus Obigem zu ersehen, sind die Rechte und Pflichten der örtlichen Einrichtungen untereinander sehr verschieden, und stehen teilweise die geleisteten Beiträge zu den Gegenleistungen in gar keinem Verhältnis. Wir meinen, die Gegenleistungen scheinen hier sehr oft vom Mitgefühl festgesetzt zu sein, ohne sich um die Existenzfähigkeit zu kümmern. Aber alle diese Zahlstellen haben das Vorteilhafte der Unterstützung eingesehen, einem Bedürfnis abgeholfen, und keiner wird es einfallen, wenn auch eine Zentralisierung nicht stattfindet, diese Einrichtung wieder abzuschaffen. Sie ist nicht als Bindemittel geschaffen, sondern ist zum Bindemittel geworden.

Die Diskussion über die Unterstützungs-Einrichtungen hat schon viele Streiter auf den Plan gelockt, was wir mit Freude begrüßen, müssen es uns aber erlauben, auf alle Einwände einzugehen. Es sei hier noch auf einige Fehler in der Vorlage aufmerksam gemacht. Krankenzuschuß 1. Jahr. 6 Wochen Unterstützung muß es heißen: 3132 Mark, statt 4182 Mark; die Einnahmen stimmen. 2. Jahr. Summe der Einnahme muß heißen: 64 708,18 Mark. Dadurch verringert sich der Ueberschuss im 2. und 3. Jahre um 30 Mark. Dann im 3. Jahre muß es heißen: Frank 1—10 Wochen, statt 7—10 Wochen; Unterstützung 12 Wochen 54 Mark, statt 55 Mark. Wir ersuchen die Kollegen, dieses richtigstellen zu wollen.

Daß nun die gemachte Vorlage nicht allen Mitgliedern genügt, war ja vorausgesehen. Doch ein anderer oder besserer Vorschlag ist bisher nicht gemacht, wird auch wohl kaum mit denselben Mitteln gemacht werden können. Wie verschiedenartig darüber die Ansichten sind, beweisen die einzelnen Eingekommen. Einmal wird bezweifelt, daß die Beiträge nicht ausreichen, ein anderer rechnet wieder vor, daß die Beiträge zu hoch sind; triftige Gründe hat bisher keiner angeführt. Mit allgemeinen Redensarten kann man nichts beweisen. Auch wenn man sich auf die wackligen örtlichen Einrichtungen stützen wollte, als Beweis, daß die Krankenzuschüsse nicht lebensfähig sind, so ist doch jedem einleuchtend, daß eine Einrichtung, welche sich auf 12 000 Mitglieder stützt, besser funktioniert als wenn nur etwa 100 oder 200 in Betracht kommen. Dies ist der Vorteil der Zentralisierung. Eine Klassifizierung ist absichtlich nicht vorgeschlagen, denn dann müßte auch der Beitrag dementsprechend sein; eine Teilung von 10 Pfg. noch vorzunehmen, scheint uns nicht ratsam. So steuert jedes Mitglied denselben Beitrag, hat dann auch die gleichen Rechte. Die Klassenbeiträge stehen hiermit in keinem Zusammenhang. Einigen Kritikern möchten wir nur empfehlen, ehe kritisiert wird, den Entwurf erst einmal richtig durchzulesen. Dem Kollegen M. in Hannover wäre dies zu empfehlen. In Nr. 2 des Steinarbeiters ist, was dieser dort anführt, ja das reine Gegeneinander. Die Durchschnittsmittelgliederzahl des Jahres 1904 betrug 10 012 Mitglieder (siehe Korrespondenzblatt Nr. 21, 1905: Die deutschen Gewerkschaftsorganisationen 1904). Ferner dürfte doch wohl bekannt sein, daß Streiks, Maßregelungen, Aussperrungen usw., welche aus Verbandsmitteln unterstützt werden, nicht als arbeitslos in den statistischen Lohnarten geführt werden und somit auch bei unserer Berechnung nicht abgezogen werden können. Der „große“ Kassenbestand scheint es ihm angetan zu haben. Wir können verraten, daß er noch lange nicht genügt. Wenn dann in den andern Eingekommen immer herauskönt: die Agitation werde erhöht, es müsse Rücksicht genommen werden auf die Nichtorganisierten usw., dann kann auf Jahre hinaus an bezichtigtes wie Arbeitslosen- und Krankenzuschüsse überhaupt nicht gedacht werden. Die Organisation soll für die Mitglieder den Bedürfnissen Rechnung tragen. Für die Nichtmitglieder schaffen wir keine Einrichtungen. So sehr es unser Streben ist, mehr Mitglieder zu gewinnen, so sollte man sich doch hüten, alle Neuzugänge mit den Augen eines Indifferenten anzusehen.

Der Zentralvorstand.

## Zur Anstellung von Gauleitern.

L. H. Recht ausgiebig wurde über dieses Thema schon diskutiert. Aber trotzdem glaube ich als Gauleiter auch noch beizutragen zu sein, meine Meinung hierzu im Fachblatt auszusprechen. Man hat nämlich gar nicht in Betracht gezogen, daß auch für den 4. Gau (Leipzig) eine besoldete Kraft in erster Linie notwendig ist. Wie eine festbesoldete Person agitatorisch wirken kann, ist im Steinarbeiter schon eingehend gemüßigt. Nun scheint ja die Absicht zu bestehen in den Kreisen der Verwaltungsmittglieder der Verbandsleitung, für ganz Sachsen nur einen besoldeten Gauleiter anzustellen; dem muß ich entschieden widersprechen. Betrachten wir nur die Dinge, wie sie in Wirklichkeit liegen. Das Erzgebirge gehört unbestreitbar zum Gau Leipzig und nicht zum Gau Dresden. Weiter sind im Weichsel-Brandis mögen es 400 bis 500 sein. Weiter kommt Löbju mit seiner starken Porphyndustrie hinzu. In Schreiergrün, Theuma und Trier mögen ebenfalls gegen 800 Mann in Arbeit stehen, meistens stehen diese heute dem Verbanne fern. Nun frage ich, ob es klug sein würde, für ganz Sachsen nur einen Gau zu schaffen? Nein, sage ich, und betone, daß im Gau Leipzig ein besoldeter Gauleiter hinreichend zu tun hätte. Noch ein wichtiger Umstand kommt hinzu, nämlich im Frühjahr, wenn im Zentralbureau Lohnbewegung über Lohnbewegung gemeldet wird und der Vorstand eingugreifen hat, aber allen Anforderungen nicht nachkommen kann, so könnte zur Aushilfe der Leipziger Gauleiter jederzeit herangezogen werden. Daß diesen wichtigen Grund der Leitartikel in Nr. 5 unberücksichtigt ließ, läßt darauf schließen, daß man die Anstellung von Gauleitern und die Orte, die für eine solche Anstellung in Frage kommen, noch nicht eingehend geprüft, respektive noch nicht genügend erwogen hat.

Ich will damit den leitenden Personen keinen Vorwurf machen, denn sie sind, wie ich persönlich weiß, alle mit Arbeit



geradezu überhäuft. Wer Einsicht nehmen kann, wie im Hauptbureau unsere Angestellten täglich angestrengt zu arbeiten haben, wird dieses befrichtigen müssen. Diese Ueberlastung macht es um so dringender notwendig, in allererster Linie für Leipzig einen besoldeten Gauleiter ins Auge zu fassen. Es wurden in einem Artikel unserer Fachzeitung drei besoldete Gauleiter gefordert. Ich meine, wenn nun einmal unser Verband mit aller Macht und Energie dahin strebt, die Indifferenten innerhalb kürzester Zeit dem Verbandszuge zu führen, dann ist gleich ganze Arbeit zu leisten auf der Nürnberger Tagung, und dann müssen mindestens fünf Gauleiter angestellt werden. Einer für Württemberg, einer für Baden und Elsaß-Lothringen, einer für das Rheinland und Westfalen, einer für Schlesien und die Lausitz und einer für den 4. Gau, Leipzig. Geschließt dies, dann haben wir in zwei bis drei Jahren einen Zuwachs an Mitgliedern zu verzeichnen, daß wir alle darauf stolz sein können. Mit welcher Begeisterung wurde in der letzten Zeit von den Mitgliedern die Kunde aufgenommen, daß sich 5000 Kollegen dem Verbandszuge geführt worden seien. Ist es nicht erfreulich, daß auch die Fachzeitung eine Auflage von zirka 18 000 aufzuweisen hat?

Wenn einige zaghafte Verbandsmitglieder meinen, nur unter keinen Umständen mehr Beamte, so ist diesem entschieden zu widersprechen. Nein, diese Kräfte machen sich doppelt bezahlt und alle Verbandsangelegenheiten werden mit größter Eifer erledigt. Weiter kommt noch ein anderer Faktor hinzu. Wir haben eine Reihe von Orten, wo sogar die Anstellung von Lokalbeamten sich als notwendig erweist. Allerdings müßten mehrere eng beieinander liegende Zahlstellen zusammengelegt werden. Vielleicht ließe sich dies in Striegau-Gebiet, dann im Elbsandsteingebiet noch erwägen. Allem Anschein nach wird auch diese Frage auf dem Verbandstage noch aufgerollt werden müssen.

Ich resümiere mich kurz dahingehend, die Anstellung von Gauleitern ist unbedingt notwendig. Hoffentlich lassen sich die Delegierten nicht von einem recht engherzigen Standpunkt leiten.

## Einige Erläuterungen zu dem Bericht der Konferenz des 8. Gau.

Mein Pessimismus betreffs der Abfassung des Berichts der Konferenz des 8. Gau hat sich bewahrheitet. Im Bericht in Nr. 6 des Steinarbeiter wird zur Tätigkeit des Kollegen Schmitt (als Gauleiter) wörtlich angeführt: „Auch konnte Kollege Schmitt infolge seiner Familienverhältnisse nicht mehr wie er wollte und sollte, und legte er auch den Posten als Gauleiter nieder.“ Beides trifft zu. Letzteres entsteht durch die kurze Auffassung die Tatsache. Kollege Schmitt hat den Posten im letzten Moment niedergelegt, als ein Antrag, welcher die Absetzung des Gauleiters verlangte, kurz vor der Abstimmung stand. Wie dieselbe ausgefallen wäre, darüber war sich jeder auf der Konferenz Anwesende und auch Kollege Schmitt klar; nur aus diesem Grunde nahm er freiwillig den Abschied. Dann heißt es ferner: „Kollege Schmitt teilt den Zwist der Zahlstelle Düsseldorf mit der Gauleitung mit und gibt auch manches zu, dagegen wurde auch das Verhalten der Zahlstelle Düsseldorf als Vorort scharf kritisiert.“ Der Leser gewinnt dadurch die Anschauung, daß die Zahlstelle Düsseldorf betreffs des Zwistes mit dem Gauleiter einen Miffel bekommen hätte. Dies ist nicht der Fall. Wohl ist kritisiert worden, daß die Düsseldorfener nicht energischer gegen den Gauleiter Stellung genommen haben. Das gaben die Delegierten von Düsseldorf offen zu. Daß der Vorort energischer gegen den Gauleiter Stellung nehmen mußte, beweist folgendes: Die in der Versammlung gewählten Revisoren erkannte Schmitt einfach nicht an und ließ die Gaukasse durch Logis Kollegen revidieren. Bei der Wahl eines Kassierers der Gauleitung erklärte Schmitt, er gäbe die Kasse nicht aus den Händen, er könnte nicht bei jeder Angelegenheit dem Kassierer nachlaufen. Als die Zahlstelle Düsseldorf als Vorort dem Gauleiter den Abschied geben wollte, erklärte derselbe einfach, dazu wären sie nicht berechtigt. Daß die Zahlstelle Düsseldorf den Gauleiter nicht zwang, die Revisoren anzuerkennen, ferner die Gaukasse einem Kassierer zu übergeben und von ihrem Recht, den Gauleiter abzusetzen, keinen Gebrauch gemacht hat, ist kritisiert worden, sonst nichts. Deshalb Kollege Schmitt sich den Bericht vom Schriftführer der Konferenz zusehen ließ, bevor derselbe nach Leipzig kam, ersieht man aus dem veröffentlichten Bericht, nämlich, um die Tatsachen zu verbergen und die Deffentlichkeit irreführend zu machen. Es wäre doch wünschenswert, wenn Berichte, die im Verbandsorgan veröffentlicht werden, der ungeschminkten Wahrheit Rechnung tragen. Nichts verbergen, nichts vertuschen, heraus mit der Wahrheit, auch wenn sie mal unangenehm ist. Karl Hopp.

## Konferenz des 3. Gau (Vorort Dresden) am 28. Januar 1906 zu Pirna.

Nach kurzer Begrüßung durch den Vorsitzenden der Zahlstelle Pirna und Vortrag des wirkungsvollen Liebes: Empor zum Licht durch den Arbeitergefangenenverein zu Pirna, dem an dieser Stelle der besondere Dank der Delegierten ausgedrückt sei, wird die Konferenz kurz nach 11 Uhr eröffnet.

Als erster Vorsitzender wird Kollege Zahn, als zweiter Kollege Fursche und als Schriftführer Kollege Berger gewählt. Die Tagesordnung lautet: 1. Bericht des Gauleiters; 2. Organisation und Agitation; 3. Presse; 4. Unterstützungseinrichtungen; 5. Anträge zur Generalversammlung; 6. Verschiedenes. Vertreten sind 13 Zahlstellen mit 20 Delegierten, 2 Zahlstellen, Königsbrunn und Krippen, sind nicht vertreten. Außerdem ist noch anwesend Kollege Steglich, Obmann des Verbandsausschusses. Die Zentralkasse ist nicht vertreten.

Zum 1. Punkt erstattet Gauleiter Zahn Bericht: Es freut ihn, daß die Konferenz so zahlreich besetzt sei, daraus ersehe man, daß ein reges Interesse für die Organisation vorhanden ist. Es sei aber auch notwendig, alle Kräfte anzuspannen, um die Säumnigen heranzuziehen und die Indifferenten aufzuklären, da die wirtschaftliche Lage unserer Kollegen im 3. Gau, auch in besonders gut organisierten Ortschaften, nur eine minimale sei. Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage ist so drückend geworden, daß alle Gebel angefeuert werden müßten, um auch den letzten darüber aufzuklären, daß nur durch festen Zusammenschluß und gemeinsames Handeln die Lage zu verbessern möglich sei. Durch das Vertrauen der Dresdner Kollegen zu diesem Posten berufen, habe er den Gau nicht in dem Zustand gefunden, der ihm ein leichtes Arbeiten möglich machte. Dies sei aber nicht auf Lässigkeit des letzten Gauleiters, sondern auf dessen Ueberlastung zurückzuführen. Im Ganzen sind 42 Touren, darunter 28 mit Versammlung, die andern aus Anlaß von Maßregelung, Streit, Lohnindifferenzen unternommen worden. Außerdem sind noch Versammlungen durch die Kollegen: Verbandsvorsitzender Starke, Redakteur Staudinger, Seidel-Dresden, Steininger-Meiß und Niegel-Pirna abgehalten worden. Ferner sind in zwei Bezirken der Granitindustrie 3000 Flugblätter verbreitet worden. Auch die Meißner und Löbauer Kollegen haben sich regen an der Agitation beteiligt. Der Lohn ist auch nicht ausgedehnt, schwache Zahlstellen sind stärker geworden, eine neue wurde gegründet. Der Zuwachs beträgt ca. 400. Im Ganzen sind ungefähr 2000 organisiert, es gibt daher noch viel zu tun,

da ca. 8000 im Gau beschäftigt sind. Zustände haben 1 Haus gefunden, 3 zugunsten der Kollegen, einer mußte reultatlos abgehoben werden. Außerdem wurde über einen Bruch die Sperre ausgesprochen, die Kollegen erhielten anderwärts Arbeit; ein Solidaritätsstreik mußte unterbleiben, da er nicht die Genehmigung des Zentralvorstands erhielt. Der schriftliche Ausgang forderte 81 Briefe und Karten, der Eingang 87 Briefe und Karten. Er glaube, damit seine Pflicht getan zu haben, da er mit vielen Widerwärtigkeiten zu kämpfen hatte, oftmals von Bruch zu Bruch gehen, neue Verbindungen anzuknüpfen mußte, ihm außerdem nur die Sonntage zur Verfügung standen. Als Resultat seiner Erfahrungen, die er sich als Gauleiter gesammelt, forderte er die Schaffung zweier Interessengruppen, eine für das Granitgebiet und eine für das Sandsteingebiet, in denen eine öftere Zusammenkunft der einzelnen Vertrauensleute notwendig sei. Die Verbandsform habe sich gut bewährt, man müsse aber auch an weitere Bindemittel in Form von Unterstützungseinrichtungen denken, um auf diese Weise der Fluktuation zu steuern, neuen Mitgliedern etwas Greifbares zu bieten.

In der hierauf folgenden Debatte wurde dem Gauleiter für sein Wirken lebhafter Beifall und große Anerkennung gezollt. Die Delegierten von Demitz-Thumitz kommen auf den bedauerlichen Verlauf des Beiersdorfer Streits zu sprechen, trotzdem sei nichts verloren, da die Kollegen erfahren, daß ihre Interessen vertreten werden. Seidel stellt die Motive richtig, die ihn veranlaßten, diesem Streik zuzustimmen.

Punkt 2 wird getrennt behandelt. Es wird von allen Rednern die Notwendigkeit eines besoldeten Gauleiters anerkannt, da hier ein reiches Arbeitsfeld vorliegt und eine intensive Agitation notwendig ist, die keine Unterbrechung erleiden kann, soll sie dauernden Erfolg bringen. Des weiteren wird die Verschmelzung kleiner Zahlstellen gewünscht. Auch habe sich die Hauskassiererei in den Orten, in denen sie eingeführt ist, gut bewährt. Ein Antrag Löbau zum Verbandstag: „Der Zentralvorstand wird ermächtigt, besoldete Gauleiter anzustellen. Ferner sind in Orten, oder eng begrenzten Bezirken mit hervorragender Steinindustrie, Lokalbeamte resp. Bezirksleiter auf Kosten der Zentrale anzustellen, wenn die Verhältnisse es erfordern und die Vorbedingungen hierzu gegeben sind. Jedoch sind die persönlichen und sachlichen Ausgaben derselben möglichst aus lokalen Mitteln zu decken“, wird einstimmig angenommen. Ebenso der Antrag: „Die Generalversammlung in Nürnberg solle beschließen, für den 3. Gau einen besoldeten Gauleiter anzustellen.“

Bei Besprechung über den Punkt Organisation wünscht man Abänderung des Markensystems in eine Marke; dann Erhöhung des Eintrittsgeldes bei öfters Ausgetretenen.

Ein vorliegender Antrag Dresden: „Die Zeitungs- und Delegiertenmarke kommen in Wegfall, dafür wird die Beitragsmarke um 5 Pfg. erhöht, der Steinarbeiter (Organ) hat mindestens aller 14 Tage einmal sechsseitig zu erscheinen, die Reiseunterstützung wird pro Tag um 20 Pfg. erhöht“, wird mit Majorität angenommen.

Zu Punkt 3 werden große Beschwerden wegen Arbeitsangeboten im Steinarbeiter vorgebracht und man verlangt infolge dessen unbedingt Einhaltung des Kongreßbeschlusses. Wenn wirklich einmal Mangel an Arbeitskräften herrsche, könne man an Orte berichten, von denen man wisse, daß dort genügend Arbeitskräfte vorhanden seien. Insbesondere wünsche man die Errichtung einer Sterbefürsorge. Anerkannt wird, daß sich der Inhalt unseres Organs sehr gehoben hat.

Bei Punkt 4 entspinnt sich eine sehr lebhaftete Debatte. Gauleiter Zahn wünscht den Ausbau weiterer Unterstützungseinrichtungen, dem Beispiel anderer Organisationen folgend, die dadurch große Erfolge zu verzeichnen haben, und bemängelt die persönliche Ansicht, die an die Vorlage der Erwerbslosenunterstützung angehängt wurde, dadurch sei vielen die Möglichkeit der Errichtung einer solchen genommen worden. Kollege Berger bringt einen Fall mit den Mühlsteinarbeitern zur Sprache, die vorher zu uns gehörend, nur wegen den Unterstützungseinrichtungen im Müllerverband zu diesem übertraten und uns deshalb ca. 60 Mann abspenstig gemacht wurden. Das beweise, welche Zugkraft Unterstützungseinrichtungen besitzen. Die Kollegen Seidel, Sarfert, Wittig und Kapfer sind für Erwerbslosenunterstützung, da dieselbe die gerechteste sei, sie würden sich jedoch mit einer Krankenunterstützung zufriedengeben, damit endlich einmal ein Anfang gemacht werde. Die Kollegen Höhne und Looke sind wohl im Prinzip dafür, halten sie jedoch wegen zu großer Beitragserschöpfung für undurchführbar, wohingegen die Kollegen Hamann und Steglich die Krankenunterstützung befürworten, da ja in vielen Zahlstellen eine derartige Einrichtung besteht. Die Kollegen Steininger, Gindner, Wohl und Lehner sind gegen jede weitere Unterstützungseinrichtung, weil mit zu hohen Beiträgen verknüpft, sie einen Rückschlag befürchten. Bei der darauffolgenden Abstimmung wird die Erwerbslosenunterstützung abgelehnt, die Krankenunterstützung jedoch angenommen.

Zu Punkt 5 gehen folgende Anträge ein: 1. Im Mitgliedsbuch ist der Vermerk vorzubringen: Seit wann organisiert? 2. Die Reisekosten sind durch die Vertrauensleute auszustellen. 3. Zugang ist nur mit Zustimmung des Zentralvorstands fernzuhalten. 4. Für das erste Beitragsjahr sind Kontrollkarten auszustellen. 5. Der § 5 Absatz 5 im Statut muß heißen: Mitgliedern, welche infolge Streits oder Aussperrung zur Abreise gezwungen sind, wird eine Reiseunterstützung bis zu 6 Mk. gewährt. Zu Punkt 6 wird beschlossen, alljährlich eine Gaukonferenz abzuhalten. Es werden nach Bedarf Bezirkszusammenkünfte der Vertrauensleute abgehalten, und zwar in den Distrikten Löbau und Pirna.

Der Gauleiter resümiert zum Schluß die Ergebnisse der Konferenz, daß jeder bestrebt gewesen sei, sein ganzes Können dem Wohle der Kollegen im Interesse des Verbands zu widmen, erwähnt die ruhige sachliche Diskussion auch bei entgegengesetzter Meinung und schließt in der Erwartung auf erspriechliches Gedeihen der gefassten Beschlüsse, mit einem dreifachen Hoch auf den Verband und 8 Uhr die Konferenz.

Pirna, A. Berger, Schriftführer.

## Gaukonferenz des 5. Gau (Erfurt).

Abgehalten zu Gotha am 4. Februar 1906.

Um 10 1/2 Uhr eröffnet der Vorsitzende der Zahlstelle Gotha die Gaukonferenz. Der Gesangverein Frohsinn-Gotha begrüßt hierauf die Delegierten durch zwei wirkungsvolle Lieder.

Die vom Gauvorstand festgesetzte Tagesordnung lautet: 1. Bericht des Gauvorsitzenden; 2. Bericht der Delegierten; 3. Taktik bei Lohnbewegungen; 4. Stellungnahme zum Verbandstag; 5. Wahl des Vororts; 6. Verschiedenes.

Die Bureauwahl ergab folgendes Resultat: Vorsitzende mit gleichen Rechten H. Wuhler-Erfurt, S. Rüdert-Gotha; Th. Koch-Erfurt, Schriftführer.

Anwesend sind 17 Delegierte, welche 15 Zahlstellen vertreten; nicht vertreten war Geismar, Oberbillingshausen und Wandersleben. Von der Gauleitung waren vertreten Wagner-Erfurt und vom Zentralvorstand Siebold. Außerdem wohnten den Verhandlungen noch mehrere Kollegen von Gotha, Krahwinkel und Erfurt bei.

Zum 1. Punkt: Bericht des Gauvorsitzenden, nahm zunächst Gauleiter Wagner-Erfurt das Wort. Er verwies zunächst auf den Gaubericht, welcher gedruckt und jedem einzelnen Kollegen zugestellt sei; aus demselben ist ersichtlich, daß seit dem Jahre 1904 eine Mitgliederzunahme von 285 Kollegen zu konstatieren ist, so daß die Mitgliederzahl am 31. Januar 1906 rund 700 Kollegen beträgt. Daß dies auch in finanzieller Beziehung günstig für den Verband wirkt, geht aus der Zahl der gelebten Beitragsmarken hervor. Es wurden insgesamt in diesem Jahre ca. 23 000 Beitragsmarken gelebt, während im Vorjahre nur ca. 15 000 Stück umgesetzt wurden. Neu gegründet wurden die Zahlstellen Oberdorra, Wellrode, Melbra, Oberbillingshausen,

Langenfalta, Neua, Krahwinkel, Seeborgen I und II, Hoof II. Verbindungen wurden angeknüpft in Ehringsdorf, Verfa a. S. und Uder, ohne jedoch Erfolg zu erzielen. An der Agitation hatten hervorragend teilgenommen die Zahlstellen Mühlhausen, Göttingen, Kassel und Hoof I.

Zur Erledigung der Gauangelegenheiten fanden 9 Sitzungen statt. In 21 Orten fanden 51 Versammlungen bezw. Besprechungen und Revisionen statt. Zu diesen Veranstaltungen entsandte der Gauvorstand den Kollegen Wagner-Erfurt zu 49 Versammlungen und Besprechungen; davon fielen auf den Sonntag 21; während der Lohnbewegungen nahm derselbe an 17 Versammlungen und Besprechungen teil; im weiteren wurden 3 Revisionen vorgenommen.

Lohnbewegungen fanden statt in Kassel (Kunstseifenfabrik), Gotha (Granitwert), Erfurt, Gotha, Seeborgen, Langenfalta, Schmalkalden-Protterode, Oberdorra, Mühlhausen i. Th., Göttingen, Reiffenhäuser; zum Ausstand kam es in Langenfalta, Erfurt, Gotha, Seeborgen. Die Lohnbewegungen endeten größtenteils zugunsten der Kollegen. Nicht erledigt und abgebrochen wurde die Lohnbewegung in Schmalkalden und Protterode.

Kassenbericht: Einnahme vom Zentralvorstand 350 Mk., an Gaubeiträgern 210.14 Mk., Kassenbestand am 1. Januar 1905 38.60 Mk., Gesamteinnahme 598.74 Mk., Gesamtausgabe 529.62 Mk., Kassenbestand am 1. Januar 1906 69.12 Mk.

Im Schluß seiner Ausführungen bittet Wagner die Delegierten, sachliche Kritik zu üben, und bemerkt, daß die Gauleitung alles getan hat, was in ihren Kräften stand. (Lebhafter Beifall.)

In der Diskussion über den Gaubericht nahm zunächst Wuhler-Erfurt das Wort und stellte fest, daß bei den vorgenommenen Revisionen der Gaukasse Bücher und Belege in bester Ordnung vorgefunden wurden. Sämtliche Redner sprachen sich übereinstimmend befriedigt über die Leistungen der Gauleitung aus; auch Kollege Siebold-Leipzig griff in die Diskussion ein und erklärte, daß auch der Zentralvorstand mit den vorgenommenen Arbeiten der Gauleitung voll und ganz zufrieden sei. Im weiteren gelangte ein Antrag zur Annahme, der dahin ging, durch erhöhte Beiträge den Ortsfonds zu stärken und an die Gaukasse bis auf weiteres 2 Pfg. pro gelebte Marke abzuführen.

Zum Punkt Taktik bei Lohnbewegungen führte zunächst Wagner-Erfurt diejenigen Zahlstellen an, welche bis dahin bereits Lohnbewegungen beim Gauvorstand angemeldet haben. Hierauf ergreift Siebold-Leipzig das Wort und führt aus, daß es nicht möglich sei, bei Lohnbewegungen nach einem bestimmten Schema zu arbeiten; sondern komme es auf die jeweiligen Verhältnisse an. Bei den Vorbereitungen zu Lohnbewegungen müsse unbedingt nach dem vorhandenen Leitfaden und Statut gearbeitet werden; im weiteren sind alle aufgestellten Forderungen dem Zentralvorstand zunächst zu unterbreiten.

Nachdem die einzelnen Delegierten der Zahlstellen, welche Forderungen gestellt, diese Forderungen zur Kenntnis gebracht und begründet hatten, wurde zum nächsten Punkt der Tagesordnung: Stellungnahme zum Verbandstag, übergegangen.

Zum Punkt Presse wurde allseitig anerkannt, daß unser Fachblatt sich in bezug auf die Registrierung mit jedem andern der Gewerkschaftsblätter in gleicher Höhe befindet. Allerdings wurde daran große Kritik geübt, daß so viele Versammlungsberichte einfach nicht veröffentlicht werden. Hierauf gelangt der Antrag: Der Steinarbeiter ist so weit zu vergrößern, daß mindestens allwöchentlich eine Beilage mit erscheint, einstimmig zur Annahme.

Bei Punkt: Anstellung von besoldeten Gauleitern, wurde allseitig die Notwendigkeit derselben anerkannt und dem Verbandstag das weitere überlassen.

Ueber Einführung von Unterstützungseinrichtungen referiert zunächst Kollege Siebold. An der Hand des Entwurfs des Zentralvorstands stellt derselbe fest und begründet die Notwendigkeit, die lokalen Unterstützungseinrichtungen zu zentralisieren. Hierauf erläutert Kollege Wagner-Erfurt das Reglement der lokalen Krankenunterstützung der Steinarbeiter Erfurt.

Nachdem die nachfolgenden Redner sich mehr oder weniger für die Unterstützungseinrichtung ausgesprochen, gelangt folgender Antrag mit 11 gegen 3 Stimmen zur Annahme: Der Einführung von Krankenunterstützung ist prinzipiell zugestimmt. Ein weiterer Antrag, die Reiseunterstützung ist besser auszubauen, wurde einstimmig angenommen; weitere Anträge gelangten ferner zur Annahme: Für neuereintretende Mitglieder sind Eintrittskarten zu führen. In Zahlstellen, wo es für notwendig befunden, sind mehrere Beitragsklassen einzuführen.

Hierauf gibt Wagner-Erfurt die Kandidaten zum Verbandstag bekannt, macht auf das Wahlreglement aufmerksam und ermahnt die Delegierten, dahin zu wirken, daß die Kollegen an der Wahl zahlreich teilnehmen.

Als Vorort der Gauleitung wurde Erfurt einstimmig wieder bestimmt.

Hierauf ergreift Siebold das Schlußwort, um die Notwendigkeit der heutigen Konferenz festzustellen, und konstatiert, daß die Beratungen sachlich erledigt seien, und wenn die Arbeiter bei den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen einigermaßen denken würden, so müßten auch dem Indifferentesten die Augen geöffnet werden und ihn zu dem Entschluß bringen, daß er sich seiner Berufsorganisation anschließen müsse. Daraus erwächst aber, daß nicht nur die gewerkschaftliche, sondern auch die politische Organisation eine Notwendigkeit für die Arbeiter sei. Er ermahnt daher die Kollegen, wenn in ihren Orten eine politische Organisation bestehe, sich dieser anzuschließen und ihre Kraft derselben zur Verfügung zu stellen. Durch Beifall gaben die Anwesenden ihre Zustimmung zu den Ausführungen kund. Nachdem sich Wagner diesen Ausführungen angeschlossen und die Delegierten ermahnte, dahin zu wirken, die Gauleitung auch in Zukunft bei der Agitation zu unterstützen, wurde die Konferenz durch den Vorsitzenden mit einem Hoch auf den Steinarbeiterverband geschlossen.

## Quittung.

Für die ausgeperrten Kollegen im Odenwald sind an freiwilligen Unterstützungen weiter folgende Summen in Bensheim eingegangen:

Zahlstelle Kiel, durch Joseph Berchl . . . . .	20.— Mk.
Zahlstelle Berlin II, durch Wenker . . . . .	50.— "
Zahlstelle Dortmund, durch Schneider Wilhelm . . . . .	20.— "
Zahlstelle Hartershofen 6, Rothenburg . . . . .	10.— "
Die organisierten Steinarbeiter Sedmauerndorf (Odenwald) . . . . .	5.— "
Gesammelt auf der Konferenz des 8. Gau	
Krefeld, durch Karl Hopp . . . . .	7.— "
Zentralverband der Steinarbeiter Dypach, durch Gustav Schnib . . . . .	25.— "
Durch E. Kühne, Hamburg 15 . . . . .	26.50 "
Gesammelt von den Steinmetzen und Bildhauern am Bismarck-Denkmal Hamburg, durch Köhler, 2. Rate . . . . .	15.90 "
Von den Steinarbeitern Weiffenstadt . . . . .	80.— "
Genosse Hgler, Mainz . . . . .	192.— "
Genosse Hgler, Mainz . . . . .	80.— "
Offenbacher Abendblatt . . . . .	118.87 "
Arbeitersekretär Sparr, Darmstadt . . . . .	47.50 "
Daniel Müller, Erbach (Odenwald) . . . . .	12.15 "
Johann Kießling, Erbach (Odenwald) . . . . .	5.93 "
Peter Tief, Höchst (Odenwald) . . . . .	5.73 "
Karl Knapp, Puchbach . . . . .	2.— "

Summa: 673.58 Mk.  
Den Spendern sagen wir an dieser Stelle den herzlichsten Dank.  
Max Hobeisberger, Kassierer,  
Bensheim (Odenwald), Mannheimer Str. 86.